

„Die Selbstlosen Europas“

Wer sich für eine Verwaltungsänderung des Staates, des Finanzwesens oder des Wirtschaftswesens interessiert, der muss die Interessen des Konsumenten in solche Überlegungen einfließen lassen, denn die Interessen der Verbraucher nimmt man fast nirgends wahr. Der Konsument ist es, der die Wirtschaft in Bewegung und Schwung hält, doch man verwehrt ihm Mitgestaltungsrechte. Die Konsumenten sollen europaweit in organisierten Gruppen bei Parlamentswahlen antreten, damit zukünftig alle Gesetze auch mit dem Standpunkt der Verbraucher versehen sind. Der Verbraucher will nicht mehr das fünfte Rad am Wagen sein, er will in alle Wirtschaftsbereiche als gleichberechtigter Verhandlungspartner über die Gesetzgebung eingreifen. Er ist nicht mehr allein da zu bezahlen, sondern er will auch in der Preisgestaltung jedes einzelnen Produktes mitreden. Um das zu erreichen, wird er in die Parlamente früher oder später einziehen. Der Verbraucher wird mit seinen Vertretern selbstbewusst im Wirtschaftswesen, im Kulturwesen und im Rechtswesen mitgestalten und das heutige System in einen geordneten später von politischen Parteien freien Gesellschaftsaufbau weiterführen.

Mit den Unternehmern und mit ihren Mitarbeitern wird der Verbraucher mit seinen eigenen Interessen das Wirtschaftsleben neu gestalten.

Damit heute die Verbraucher ihre innere Einstellung zum sozialen Aufbau eines neuen Staatsaufbaues zum Ausdruck bringen können, sollen sie selbstlos an einer Umgestaltung arbeiten. Das soziale Gemeinwohl werden die Selbstlosen vertreten.

Wie selbstlos soll ein Selbstloser sein, um in der heutigen Gesellschaft grundlegende Änderungen herbeiführen zu können? So soll er sein, dass er sich nicht in den Mittelpunkt stellt, dass er nicht auf Profit aus ist, dass er sich uneigennützig zeigt, aber einsichtig für die hier niedergeschriebenen Ideen und Ansichten. Der Gesellschaftsaufbau benötigt eine umfassende und grundlegende Verwaltungsänderung, die eine Weiterführung und Überwindung der politischen Parteienlandschaft mit ihrer Parteiendemokratie zu einer echten Demokratie im Auge hat. Kein oder kaum ein Stein soll auf dem gleichen bleiben.

Jeder Mensch ist in seiner Lebenslage mehr oder weniger wirtschaftlich, kulturell und juristisch interessiert. Das ist eine entscheidende Feststellung, von der jedes Volk in jedem Staat geprägt ist. Er ist in sich ein wirtschaftlich, ein kulturell und ein juristisch denkender Mensch. Viele Menschen sehen den wirtschaftlichen Faktor als den wichtigsten. Wenn sie genug Geld zum Konsumieren, zum Leben haben, dann glauben sie, dass die Welt in Ordnung sei. Der Mensch lebt aber bekanntlich nicht vom Brot allein. Wenn er singt, oder gar ein Instrument spielt, oder wenn er lediglich Musik aus dem Radio oder sonst wo hört, so nimmt er an einem ganz anderen Segment des gesellschaftlichen Lebens teil. Dieses Segment ist hauptsächlich von der Kultur geprägt. Sollte ein Mensch während seines Lebens einmal mit

einem Rechtsanwalt, mit einem Notar, mit einem Gericht oder mit der Geburt seines Kindes, mit seiner standesamtlichen Hochzeit oder mit dem Passamt usw. etwas zu tun haben, dann nimmt er teil am dritten Segment des gesellschaftlichen Lebens. Dieses Segment ist die juristische Säule des Gesellschaftsaufbaues. In diesen drei Säulen, in diesen drei Segmenten lebt jeder Mensch, ob groß oder klein, ob weiblich oder männlich, ob blond oder schwarz.

Jede Frau, jeder Mann ist in diesem Sinne dreieggliedert. So wie der Mensch eine dreieggliederte in sich formierte Einheit ist, so muss man, um zukunftsorientiert arbeiten zu können, den Staat, die Gesellschaft in diesem Sinne dreigliedrig verwalten, indem man autonome wirtschaftliche, kulturelle und juristische Verwaltungszentren als „Regierungen“ schafft. Das ist der sogenannte Dreisäulenstaat. Heute ist alles in einer Staatsregierung vereint. Wirtschaft, Kultur, Recht und Justiz geht von einer Regierung aus. Das soll so nicht bleiben. Ein Regierungschef ist der Leiter dieses Einheitsstaates. Das ist das Kennzeichen aller modernen Staaten der Welt. In Zukunft soll es drei „Regierungschefs“ geben. Je einer für die Angelegenheiten der Kultur und Bildung, einer für die Rechtsprechung und Justiz im Allgemeinen und einen Regierungschef für all die umfassenden Wirtschaftsangelegenheiten. Heutzutage ist der Wirtschaftsminister dem Regierungschef Rechenschaft schuldig, der Kultur- und der Justizminister ebenfalls. Diese Minister sollen nach Ansicht der Selbstlosen zukünftig eigenständige Chefs eigener Regierungen in der Verwaltung und Gestaltung vom Kultur-, Justiz- und Wirtschaftsleben sein und immer der Mehrheit der „Gewählten“ bzw. der Mehrheit des Volkes Rechenschaft geben.

So bleibt kein Stein auf dem anderen, denn jedes weitere heutige Ministerium ist diesen drei staatstragenden Segmenten leicht einzugliedern. Es wird also eine enorme Umverteilung der Staatsaufgaben zum Wohle der Staatsbevölkerung notwendig sein, die auch mit unglaublichen Sparmaßnahmen verbunden sind.

Um das zu erreichen, braucht man eine neue politische Gesinnung, welche die politischen Parteien mit ihren Parteikadern überwindet und in einen parteifreien zusammengehörenden Bevölkerungsaufbau weiterführt. „Partei ist Staat“ oder „Parteien sind Demokratie“ soll es nicht mehr geben. Demokratische Wahlen für diesen Gesellschaftsaufbau und für diese neue Gesellschaftsführung sind eine politische Selbstverständlichkeit. Im neuen dreieggliederten Staat wird es auch drei verschiedene Wahlen geben. Zeitverschieden wird es eine Wahl für das Kulturparlament (hier bezeichnet als ARGE-Kultur), eine Wahl für das Wirtschaftsparlament (hier bezeichnet als ARGE-Wirtschaft) und eine öffentliche Wahl für das Rechtswesen (hier bezeichnet als ARGE- Recht) geben. Diese drei Parlamente sollen vier Jahre im Amt sein.

Die „SELBSTLOSEN EUROPAS“, kurz SLE, wollen vorübergehend (etwa sieben Legislaturperioden) als wahlwerbende uneigennützige Partei in den einzelnen Staaten Europas (hier können sie sich als die „SELBSTLOSEN FRANKREICHS“ oder als die „SELBSTLOSEN SPANIENS“ usw. - anschließend in allen Staaten der Erde auftreten) antreten, um die Staatsgestaltung und Staatsverwaltung in völlig neue Bahnen zu bringen und damit den Staatsaufbau, den Gesellschaftsaufbau neu zu organisieren, neu zu modulieren.

Das Wichtigste ist der Einbau des Verbrauchers, des Konsumenten in alle staatstragenden Organisationen zum Wohle eines völlig neuen Staatsaufbaues. Die üblichen politischen Parteien als gesetzgebende Mehrheitsguppierungen in den Parlamenten werden durch vom Volk gewählte Gremien ersetzt, die in drei wesentlich kleinere selbständige gesetzgebende

Parlamente entsandt werden. Die heutigen politischen Parteien mit ihrem den zukünftigen Generationen verantwortungslosen Gehabe (Staatsverschuldung, Umweltverschmutzung, Atomkraftwerken usw.) werden zugunsten eines unten beschriebenen neuen Staatsverwaltungsaufbau verschwinden. Wenn der Umbau eines Staates erreicht ist, wird auch die SLE verschwinden.

Der Konsument ist in allen drei Staatssäulen das wichtigste Element, denn er ist der meist ungefragte Zahler. In voller Mitverantwortung muss er Mitgestaltungsrechte und Kontrollrechte in jeder Preisbildung eines Produktes oder einer Dienstleistung erhalten. Diese Einmischung der Konsumenten (der Konsumentenvertreter) in jedes Wirtschaftsgeschehen soll Parallelwirtschaft, Konkurrenzwesen, Wegwerf- und Verschleißwirtschaft eindämmen. Die Konsumenten werden schon wertvolle Argumente für die Produktion von Waren und Erbringung von Dienstleistungen einbringen. Insgesamt wird die gesamte Wirtschaft, jedes Bildungsleben und das gesamte Justizwesen von der direkten Mitarbeit der Konsumentenvertreter enorm profitieren.

Der Konsument ist eigentlich der Motor der Wirtschaft. Die Unternehmer stellen mit ihren Mitarbeitern Güter oder Dienstleistungen nur für den Konsumenten her. Der Konsument muss in irgendeiner Form in jegliches Wirtschaftsgeschehen eingebaut werden. Jetzt ist es so, dass Konsumentenvorstellungen (z. B. weniger präparierte Lebensmittel) viel zu wenig berücksichtigt werden.

Zur Verdeutlichung: Der Mensch ist nach seinen Lebensinteressen geteilt nach drei Richtungen: die erste ist die Richtung der Wirtschaft (die Wirtschaft hat eine vorrangige Stellung), die zweite Richtung ist die der Justiz, denn ohne Recht und Ordnung entsteht Chaos. Die dritte Richtung, ist die Richtung der Bildung und Kultur. Nach diesen drei Richtungen ist auch ein moderner Staat aufzubauen. Wirtschaft, Kultur und Recht sind natürlich auch heute in jedem Staat vorhanden, aber sie werden von einem einzigen Parlament gestaltet. Ein einziges Parlament bedeutet Einheitsstaat, es ist heutzutage überfordert. (Ein Parlamentarier ist seinen Gruppen und einer linken oder rechten Ideologie verpflichtet, aber kaum oder niemals dem Verbraucher; deshalb gibt es so wenig echte Gesetze, die dem Verbraucher passen.) Wirtschaft, Kultur und Recht erhalten eigene vom Volk zu wählende Parlamente, sie können im gleichen Haus tagen und haben wesentlich weniger Mitglieder als herkömmliche Parlamente. (Wie die Wahlen vor sich gehen könnten, wird nachfolgend beschrieben.)

Es gibt ein Parlament für die Wirtschaft, in dem alle die Wirtschaft betreffenden Gesetze entstehen. Der große Unterschied zu den heute üblichen Parlamenten ist, dass jetzt der wichtigste Spieler in der Wirtschaft und das ist der Konsument in allen Belangen berücksichtigt werden muss. Der Konsument (der Konsumentenvertreter) entscheidet neben Unternehmern und Dienstnehmern die Gesetzesmaterie mit. Hier entstehen Gesetze, die den weiten Komplex der Wirtschaft betreffen. Damit das geschehen kann, braucht er auch in diesem Parlament wie auch in allen untergeordneten Gremien der wirtschaftlichen Belange eine Mehrheit. Das 26 Mitglieder umfassende Wirtschaftsparlament besteht aus sechs Mitgliedern der Unternehmergruppe, aus sechs Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe und aus vierzehn Mitgliedern der Konsumentengruppe. Das Parlament der Wirtschaft wird auch als ARGE- Wirtschaft bezeichnet.

Demnach gibt es auch das Parlament für Bildung und Kultur. Hier gibt es zu wählende Vertreter aus sechs berufsorientierten Fachbereichen, wie dort aufgezählt. Aber auch in diesem sechzig Personen umfassenden Parlament sind vierzig Personen als sogenannte

Fachleute und zwanzig Personen als Konsumenten vertreten. Die zwanzig Leute haben bei jeder Besprechung, bei jedem Gesetzesentwurf die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Besonderes Augenmerk ist bei allen Konsumentenvertretern auch auf die Sparsamkeit zu legen. Dieses Parlament wird auch als ARGE- Kultur bezeichnet. (Die Anzahl der Gewählten ist lediglich ein Vorschlag.)

Das dritte Parlament ist das Parlament für das Rechtswesen, es ist die ARGE-Recht. Es besteht aus 21 Personen. Sieben Personen werden von den im Justizbereich Arbeitenden gewählt, vierzehn Personen von den Konsumenten und vertreten die Interessen der Konsumenten. In diesem Parlament entstehen die Verfassung des Dreisäulenstaates, die Rahmengesetze als Basis für die Gesetzgebung in den beiden anderen Parlamenten und dieses Parlament formuliert auch die Gesetze für den inneren Aufbau und Organisation ihres eigenen Verwaltungsbereiches. Gesetze werden nicht etwas Statisches, Unbewegliches sein, sondern werden den neuen Gegebenheiten der Zeit mit ihren neuen Erfindungen und Entdeckungen angepasst

Unter den Abgeordneten aller drei Parlamente soll ein ständiger Gedankenaustausch herrschen. Ein dazu beauftragter Abgeordneter soll auch ein Rederecht in den beiden anderen Parlamenten erhalten.

Programm:

Für die ARGE-Wirtschaft:

Das Wesentlichste für die ARGE-Wirtschaft ist die Schaffung eines Konsumenten, Arbeitnehmer und Unternehmer Gremiums, kurz KAU (K für Konsument, A für Arbeiter und Angestellte und U für Unternehmer) Gremium genannt. In diesem Gremium erhält der Konsument bei der Erzeugung, beim Transport und Handel von Waren, also im gesamten Wirtschaftsablauf eine mitentscheidende Rolle. Während der Unternehmer auch Waren erzeugen kann, die giftig, gefährlich oder unwichtig sind, der Arbeiter und Angestellte keine Kritik an ihrem Unternehmer anbringen darf, weil er froh ist, dass er einen Arbeitsplatz und damit ein Einkommen hat, wird der Konsument als Käufer und Verbraucher aller Waren ein objektives Mitgestaltungsrecht, Mitentscheidungsrecht und Kontrollrecht in der Erzeugung der Ware und im gesamten Wirtschaftsablauf erhalten. Auch in der Gestaltung des Endpreises einer Ware wird der Verbraucher eingebunden. (Konkurrenz und Zweigleisigkeit fallen eher weg, ebenso so viele Firmenpleiten) Nur der Konsument erhält die Wirtschaft mit seinem Geld in Schwung, in zweiter Linie die Unternehmerschaft mit ihren Diensten und Produkten und mit ihren Beschäftigten.

Das oberste Gremium des KAU (das Wirtschaftsparlament) soll vorübergehend im Verhältnis K(Konsument) mit vierzehn, A(Arbeiter und Angestellte) mit sechs und U (Unternehmer) mit sechs, also insgesamt mit 26 Personen besetzt sein. Wenn A und U einverstanden sind, kann man das Verhältnis auch ändern, schließlich ist jeder Mensch auch Konsument. Der Schaffung von den vielen Unterorganisationen irgendwo im Lande in dem gleichen Verhältnis von 14: 6: 6 ist natürlich notwendig, dem steht nichts im Wege. Das kleinste Gremium der ARGE-Wirtschaft ist im Verhältnis 3:1:1 festzulegen. (drei Gewählte von K ein/e Gewählte/r von A und ein/e Gewählte/r von U.)

(Z.B.: Die Bäcker: In einem Gebiet mit 30 000 Einwohnern gibt es mehrere Bäcker. Die Bäckerriege trifft sich alle zwei oder drei Monate im Rahmen des Bäckerremiums der ARGE-Wirtschaft mit ihren Mitarbeitern und mit den zuständigen gewählten Konsumentenvertretern. Die Aussprache ist sachlich ruhig, je nach Temperament der Leute. Alle aktiven Backfirmen mit allen Mitarbeitern können daran teilnehmen. Es wird über die Vorschriften und deren Einhaltung des übergeordneten Bäckerremiums diskutiert, es wird über die Nöte der Bäcker und die Nöte der Mitarbeiter gesprochen. Ein Protokoll wird angelegt ((Schreiber ist ein geübter Anwesender, sonst ein Konsumentenvertreter)). Falls es zu irgendwelchen Abstimmungen kommen sollte, gelten nur die Stimmen von 3 Konsumentenvertretern 1 Bäcker und 1 Mitarbeiter. Auch die Konsumentenvertreter können wie die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer eine Aussprache jederzeit einberufen. Die Konsumentenvertreter können unabhängig von irgendwelchen Begehren Backbetriebe unangemeldet kontrollieren, ob die getroffenen Auflagen erfüllt werden. Die geschulten Konsumentenvertreter ersetzen hier die staatliche Gewerbekontrolle, die Finanzkontrolle übernimmt wieder ein anderes Gremium der ARGE- Wirtschaft, weil es Angestellte des alten Finanzministeriums nicht mehr geben wird. Das heutige Finanzamt wird eine Abteilung der ARGE- Wirtschaft.)

Während die Unternehmerschaft und die Unselbständigen bereits in verschiedenen Organisationen vertreten sind, brauchen sich die Konsumenten keine Organisation aufzubauen.

Bei einer KAU Wahl, also der ARGE-Wirtschaft Parlamentswahl, werden die Unternehmer und Arbeitnehmer ihre Vertreter (nach unten stehenden Muster) in dieses Gremium mit ihren Unterorganisationen hineinwählen.

Die Konsumentenvertreter, sollen als Konsumentenvertretung im Gremium des ARGE-Wirtschaftsparlamentes und allen ihren Unterabteilungen im Verhältnis 14:6:6 oder anderem Verhältnis etwa 12:5:5 oder 10:4:4 oder 7:3:3 oder im kleinsten Gremium 3:1:1 vertreten sein. Bei Abstimmungen muss der Konsument immer eine Mehrheit haben, sonst machen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, was sie wollen.

Ohne Einverständnis des K darf und soll kein Produkt im Inland erzeugt oder verkauft werden. Die Konsumentenvertreter haben das Recht, die Konsumenten zum Boykott bestimmter (meistens ausländischer) Waren aufzurufen, wenn aus irgendwelchen Gründen staatsfremde Gerichtshöfe den Verkauf erzwingen. Da die Unternehmer und Unselbständigen auch Konsumenten sind, wählen sie auch bei der Konsumentenvertreterwahl mit, U und A wählen also bei der Wahl zum Wirtschaftsparlament immer zweimal, einmal bei der Unternehmerwahl der U bzw. der Arbeitnehmerwahl der A und das zweite Mal bei der allgemeinen Konsumentenvertreterwahl der K. Die Organisation der Wahlen ist selbstverständlich gesetzlich geregelt.

Die Konsumenten haben auf der ganzen Welt sehr ähnliche und kongruente Ansichten, sie wollen eine ordentliche, widerstandskräftige, kaum reparaturanfällige, haltbare, preiswerte Ware. Als Lebensmittel wollen sie Waren, die unbedingt das Leben und die Gesundheit der Menschen erhalten oder verbessern. In finanzieller Hinsicht wollen sie nicht von den Unternehmern und Arbeitnehmern oder von ausländischen Konzernen und Bankkonsortien ausgenutzt werden. Sie wollen nicht nur gesunde Nahrung, sondern auch gesundes Wasser (auch Trinkwasser) und saubere Luft (zum Atmen). Schädliche oder gefährliche Einwirkungen

(auch Strahlungen) irgendwelcher Art auf der Erdoberfläche von unverbesserlichen Geschäftemachern hervorgerufen will sich der Konsument und somit die Menschheit verbitten. Die Konsumenten der Erde wollen eine heile Welt. Momentan schaut es so aus, dass gewisse Kreise der Forschung und Wissenschaft mit einer Degeneration vieler Völker rechnen. Es schaut so aus, dass diese Kreise leider auch mit einer Verwüstung und Zerstörung weiter Erdteile rechnen. Dem werden die SELBSTLOSEN entgegenwirken.

Die Verbraucher, unabhängig von Weltanschauung, Religion und Rasse wollen ein friedliches Nebeneinander aller sich selbst verwaltender Völker und sind demnach gegen jede Art von Kriegsführung. Sie verstehen sich und gehen in Frieden aufeinander zu (Frieden ist unser aller wichtigstes Wort), deshalb wird jede Erzeugung von Kriegsmaterial und die Nutzung der Natur und Mensch gefährdenden zivilen Wirtschaftsformen (Verschleißwirtschaft) besonders der Atomwirtschaft abgelehnt. Das Herrschen mächtiger Staaten mit ihren Staatsverwaltungen über kleine und kleinste Völker oder Volksteile soll nur mehr nach international überwachten Volksentscheiden erlaubt werden.

Im Laufe der dementsprechenden Verfassungsänderungen in etlichen Jahrzehnten übernimmt allmählich das oberste KAU ca. 70% des Staatsbudgets und übernimmt damit den Großteil der Aufgaben der Ministerien wie Wirtschafts-, Finanz-, Krankenkassen-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Energie-, Umwelt-, Siedlungs-, Sozial-, Gesundheits- und Wasserwirtschaftsministerien. Statt den Ministerien entstehen entsprechende Gremien als Bürgerservice der ARGE-Wirtschaft. (Z.B.: ARGE- Straßenverkehr, ARGE- Schiffsverkehr, ARGE- Eisenbahnverkehr, ARGE-Luftverkehr im Gremium ARGE-Verkehr usw.)

Es wird in der ARGE-Wirtschaft ein Untergremium z.B. für das Krankenkassenwesen wieder in der Besetzung 14:6:6 geschaffen. Die Konsumenten (auch der Unternehmer und Arbeitnehmer sind Konsumenten!) werden keine Vielfalt von hunderten verschiedenen Krankenkassen nach Berufszugehörigkeit haben wollen. Bei einer Bevölkerung von 15 Millionen genügt eine einzige gesetzlich vorgeschriebene Krankenversicherung (ARGE-Krankenversicherung), Unfallversicherung (ARGE-Unfallversicherung), Pensions- oder Rentenversicherung (ARGE-Pensionsversicherung) im gesamten Staat, in die jeder Erwachsene etwa 10% seines Einkommens (exklusive Ausgabensteuer) einzuzahlen hat. (Kinder sind bei Mutter oder Vater mitversichert. Auch die nicht arbeitende Ehefrau ist beim Familienvater mitversichert.) Es gibt also keine wie heute oft vorhandene doppelte Krankenversicherung, Unfallversicherung oder Pensionsversicherung von einzelnen bzw. hunderten Personen. (Ein Polizist, der daheim einen Bauernhof geerbt hat, zahlt in Österreich bei zwei Sozialversicherungen ein! Wenn er mit einem Geschäftspartner ein Motorradgeschäft betreibt, zahlt er in Österreich bei drei verschiedenen Sozialversicherungen ein!) Jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Rettungsunternehmen hat mit dieser Krankenkasse einen Vertrag. Die Bedingungen wird das Bürgerservice der ARGE-Wirtschaft mit der Krankenkasse bzw. mit der Sozialversicherung (da sind ja überall Konsumentenvertreter mitbestimmend) ausverhandeln. Usw...Die Krankenversicherung könnte einem Versicherten, der zehn Jahre seine Versicherung nicht in Anspruch genommen hat, ein zehntel der eingezahlten Summe zurückzahlen.

(Medien, Sport-, Religions-, Jugend und Familien-, Bildungs-, Wissenschafts-, Kunst und Kulturministerien werden umgestaltet und in die ARGE- Kultur integriert. Die Justiz-, Heeres-, Außen-, Innenministerien, die Bundespräsidentenkanzlei, das Bundeskanzleramt werden auch unter Einbeziehung der Konsumentenvertreter in die ARGE- Recht aufgenommen und umgestaltet.)

Ministerien sind Einrichtungen der Monarchien und aus Denkfaulheit von den Demokratien übernommen worden. Organisierte politische Parteien soll es im unmodulierten Staat nicht mehr geben, da die Konsumenten als objektive Beobachter mitgestalten und mitentscheiden. Politische Parteien mit ihren Programmen haben im 20. Jahrhundert in weiten Teilen der Welt zu Diktaturen geführt und bringen Menschen heute noch immer in politische Abhängigkeit. (Wirst Parteimitglied bekommst diesen Staatsposten!). Sachlichkeit und Beharrlichkeit sollen die Menschen aus dem Dilemma (Naturbeeinträchtigung, Bankenkrisen, finanzielle Staatskrisen, Umweltverschmutzung, Verschleißwirtschaft, Prachtentfaltung, . . .) über den Einbau der Konsumentenvertreter in alle Gremien der Staatsverwaltung herausführen, in die uns diese oft scheinheiligen Demokratien mit ihren Lobbyistenwesen in den letzten fünfzig Jahren langsam aber sicher hineingeschleust haben.

Wahlmöglichkeit (für die Konsumentenvertretung):

Wie man eine Wahl vorbereiten und durchführen kann, zeigt folgende Möglichkeit. (Rein theoretisch. In der Praxis nicht wegen möglichen Wahlbetrug durchführbar. Für diesen Vorschlag werden erst spätere Generationen reif sein. Aber einige Dinge könnte man schon einbauen.)

Die Wahl der Konsumentenvertreter zur Wahl der ARGE-Wirtschaft findet alle vier Jahre statt. (Wie auch die Wahl für die ARGE-Kultur und die Wahl für die ARGE-Recht.)

Neben Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Passnummer oder Nummer des Personalausweises sind die Rubriken am Wahlschein leserlich in Blockbuchstaben auszufüllen. (Das geheime Wahlrecht wird dabei aufgegeben, da keine Repressalien zu erwarten sind.)

Auf dem Wahlzettel sind unter diesen persönlichen Eintragungen der Wählerin, des Wählers vier leere Zeilen angebracht, in die die Wählerin, der Wähler bis zu vier Personen mit Vor- und Zuname ihrer/seiner Wahl einträgt, egal ob diese Personen gewillt sind, eine Wahl auch anzunehmen. Die Wählerin, der Wähler bestätigt mit ihrer/seiner Unterschrift die Auswahl.

Die Wahlen zu den ARGEs sind nicht mehr anonym. Dieser Wahlvorgang ergibt eine Vielzahl von verschiedensten Namen. Auf diese Liste der Gewählten mit den meisten Stimmen wird man immer wieder zurückkommen, wenn man Konsumentenvertreter z. B. in die Banken, in die Versicherungen, in die verschiedensten Firmen, in die verschiedensten Kontrollorgane, in die Abteilungen und Unterabteilungen der ARGE-Wirtschaft entsenden muss. Da braucht man jedenfalls abertausende engagierte Personen. Trägt eine Wählerin oder ein Wähler z.B. bei der ARGE-Wirtschaft Parlamentswahl viermal denselben Namen ein, erhält diese Person vier Stimmen. Eine Wählerin oder ein Wähler können Personen aus dem gesamten Staatsgebiet eintragen. Wahlsprengel in dem Sinn gibt es nicht mehr, sondern nur Wahlbereiche.

Versiegelte angekettete Wahlurnen liegen in jedem Lebensmittelgeschäft, in jeder Tankstelle (beliebig könnte man Verkaufsräume fortsetzen) zu einem geringen Entgelt mit entsprechender Anzahl von Wahlzetteln und Kuverts am besten bei oder in der Nähe der Kasse auf. Eine Woche lang ist während der Öffnungszeiten irgendeines Geschäftes Wahlzeit.

Dieses Wahlsystem wäre ein reines Personenwahlsystem ohne viel Reklame (keine Plakatierungen) und großem Geldaufwand. (Leere Wahlzettel schauen bei jeder Wahl gleich aus.) Mit dem Computer werden in einem gesamten Staat von den Wahlkomitees die Namen mit den meisten Stimmen eruiert. Die Personen mit den meisten Stimmen werden nach der Befragung, ob sie die Wahl annehmen, vom höchsten Wahlkomitee festgestellt (vierzehn bzw. achtundzwanzig- Ersatzmitglieder!- Personen für die Konsumenten des

Wirtschaftsparlamentes). Das oberste Wahlkomitee legt auch die weitere Reihung fest, weil es die entsprechenden Unterlagen hat. In der Veröffentlichung des obersten Wahlkomitees werden etwa fünftausend Personen in alphabetischer Reihenfolge mit ihrer Stimmenanzahl stehen, die der Reihe nach in die vielen Gremien mit ihren Unterorganisationen, in die Aktiengesellschaften, Fabriksleitungen usw. entsandt werden. Dabei ist zu schauen, dass möglichst kurze Fahrtstrecken entstehen. (Die Anonymität wurde verlangt, weil sich jeder vor Repressalien von Machthabern oder polit. Parteibonzen schützen wollte, siehe absolutistische Monarchien oder Diktaturen.)

Ein volljährige/r Wähler/in darf in einem Wahlgang natürlich nur einmal wählen. Die Wahlen zu den drei Parlamenten müssen zeitlich mindestens vierzehn Tage auseinanderliegen. Die Wahlvorbereitungen und Wahlkontrolle führt ein ehrenamtlich arbeitendes Komitee (diese Personen melden sich bis drei Wochen vor der Wahl in einem festgelegten Wahlbereich bei dem Leiter der Wahlbereichseinteilung. Die Wahlbereichseinteilung legt die ARGE- Recht fest.) bestehend aus mindestens sieben Personen für bis zu sieben Wahlorte (ein Wahlbereich wird wahrscheinlich mehrere Wahlorte umfassen.) durch. Jedes Komiteemitglied wird vom ältesten Komiteemitglied für diese Wahl auf Redlichkeit und Ehrlichkeit vereidigt. Ein Komiteemitglied kann in einem Geschäftslokal während der Wahlzeit als Auskunftsperson anwesend sein. Der vom ältesten Komiteemitglied vereidete Komiteeleiter gibt unter Aufsicht weiterer Komiteemitglieder das Wahlergebnis per Fax, oder per E-Mail an den vereideten Komiteeleiter eines übergeordneten Komitees, dieser in entsprechender Art an das noch höhere Komitee des Landes, dieses an das Komitee des Bundes weiter. Sollten verschiedene Personen in hohen aussichtsreichen Wahlpositionen mit gleicher Stimmenanzahl aufscheinen, was kaum möglich sein kann, weil jeder Wähler auch Personen aus anderen Bundesländern wählen kann, entscheidet das höchste Wahlkomitee per Los, wer im Falle z. B. des Wirtschaftsparlaments bei den Konsumenten auf den vierzehnten und wer auf den fünfzehnten (Ersatzmann !) zu setzen ist. Entsprechend ist in gleichen anderen Situationen zu entscheiden.

Das vorläufige Ergebnis (die vierzehn Personen der Konsumenten und die je sechs Personen der Unternehmer und Arbeitnehmer mit der höchsten Stimmenanzahl) wird namentlich über das Fernsehen und anderen Medien bekannt gegeben.

Ungültig sind mangelhaft ausgefüllte Wahlzettel. Die Personenreihung erfolgt nach den meisten erreichten Stimmen. Die sechs Unternehmer mit den meisten Stimmen gewählt von der gesamten Unternehmerschaft vertreten die Interessen der Unternehmer. Die sechs Vertreter der Arbeiter und Angestellten mit den meisten Stimmen gewählt von den Arbeitnehmern vertreten die Interessen der Arbeitnehmer. Die vierzehn Konsumentenvertreter mit den meisten Stimmen vertreten die Konsumenteninteressen in diesem ARGE- Wirtschaftsparlament.

Die Mitgliedschaft in jedem Parlament ist ein Ehrenamt. Jeder Abgeordnete erhält eine Pauschale. In den Parlamenten liegt sie bei etwa drei bis viertausend Euro netto monatlich. Die Personen aller den Parlamenten untergeordneten Gremien nehmen diese Mitgliedschaft auch als Ehrenamt an und arbeiten nach Möglichkeit in ihrem Beruf weiter, wenn das nicht machbar ist, sollen sie mit dem entgangenen Nettolohn entlohnt werden. Doch soll kein Abgeordneter durch solche Ehrenämter finanziell schlechter gestellt werden als vorher in seinem Berufsleben. (Ein Millionär muss auf seine Pauschale verzichten.)

Die Konsumentenvertreter werden also in drei zeitlich getrennten Wahlgängen in die drei ARGEs (Wirtschaft, Kultur, Recht) gewählt. In der ARGE-Kultur sind in den in sechs Teile geteilten Berufsgruppen auch ein Drittel Konsumentenvertreter, die auch den nachgereihten

Berufsmitgliedern der Gruppen A, B, C, D, E, F Platz machen müssen. In den Berufsgruppen A, B, C; D; E; F müssen zwei Drittel der Gewählten diesen Berufsgruppen angehören. Also Bessergereichte müssen den in A; B; C; D; E; F Arbeitenden Platz machen. (Mehr davon weiter unten.)

In allen Parlamenten kann eine Gewählte oder ein Gewählter, also jeder gewählte Unternehmer oder Unternehmerin, jede/r gewählte Arbeitnehmer/in, jede/r gewählte Konsument/in sein/ihr Mandat jederzeit zurücklegen. In solchen Fällen wählen die verbliebenen Mitglieder in U einen Unternehmensnachfolger aus, der irgendwo in der Unternehmerliste gereiht ist, oder nehmen den Nächstgereihten. Die verbliebenen Mitglieder in A wählen einen Arbeitnehmervertreter aus, der irgendwo gereiht ist. Entsprechendes geschieht auch in K. Tritt eine gesamte gewählte Mannschaft von K oder A oder U zurück, oder treten mehr als drei Vertreter zurück, folgen die Nächstgereihten nach.

Dieses Wahlsystem ist im Detail noch unvollkommen, kaum durchzuführen, weil Verschiedene irgendwo mehrmals wählen oder falsche Namen absichtlich eintragen, anderen aufrichtigen Wählern sehr schaden können (weil diese wegen doppelter Wahl bestraft werden sollten) und sogar wollen. Da gehört schon ein großes Maß an Aufrichtigkeit und Staatsbewußtsein dazu. Dieses Wahlsystem kann dazu führen, dass in einem Land auf einmal ein Viertel mehr Wahlberechtigte sind, weil einige einen Jux daraus machen und zehnmal unter wechselnder Identität mit Namen anderer Staatsbürger wählen gehen.

So wird wohl das heute sehr teure und übliche Wahlsystem lang Zeit beibehalten werden müssen. Aber die teuren Werbetafeln der Parteien an den Straßen und Plätzen werden wegfallen, da es keine politischen Parteien mehr geben wird. Werbung wird hauptsächlich über die Mundpropaganda, über politische Diskussionen im Fernsehen oder über Artikel in den Printmedien geschehen.

Leben in einem Staat ethnische Minderheiten, wären diese besonders in der ARGE-Kultur weniger in der ARGE-Recht (Das Gesetz ist für alle gleich.) oder in der ARGE-Wirtschaft zu berücksichtigen, wenn sie es wollen. .

Auf entsprechende Weise werden selbständige Unternehmer ihre Vertretungen für die einzelnen Wirtschaftsgruppen der ARGE-Wirtschaft in festgelegten und umgrenzten Wahlbereichen (wobei auch Unternehmerpersönlichkeiten aus anderen Wahlbereichen gewählt werden können) in verschiedenen Lokalitäten per Stimmzettel oder auch per E-Mail wählen. Da auch die Unternehmer in den verschiedensten Berufssparten arbeiten, werden ihre gewählten Vertreter in den entsprechenden Unterorganisationen der ARGE- Wirtschaft immer vorhanden sein. Im kleinsten Gremium der ARGE-Wirtschaft ist das Verhältnis K:A:U immer 3:1:1. Auch die Unternehmer wählen ihre Kandidaten in die ARGE-Wirtschaft in einem eigenen Wahlverfahren und in eigenen Räumlichkeiten. Die Unternehmer wählen als Konsumenten ihre Konsumentenvertreter im allgemeinen Wahlverfahren. Diese beiden Wahlen werden in der gleichen Woche stattfinden. Das Gleiche gilt auch für die Arbeitnehmer. In einem eigenen Wahlverfahren wählen sie ihre Arbeitnehmervertreter (ähnlich den heutigen Arbeiterkammern- oder Gewerkschaftswahlen, aber ohne politische Parteien) in die ARGE-Wirtschaft. Im allgemeinen Wahlverfahren wählen sie ihre Personen als Konsumentenvertreter. In die ARGE- Kultur und in die ARGE-Recht wählen Unternehmer und Arbeitnehmer als Konsumenten.

Wahlen sollen nicht allzu kompliziert und zu gegebenem Anlass nicht mehr anonym sein, da politische Parteien keine Machtposition mehr innehaben werden. In den heutigen Parlamenten wird kaum mehr anonym abgestimmt – da gibt es aber den Clubzwang. Außerdem ist die Legislative von der Exekutive in dem Ausmaß nicht getrennt, weil die Exekutive (die Regierungen) die entsprechenden Gesetze in den Parlamenten (Legislative) zur Abstimmung einbringt. In der Judikative müsste schon jetzt jeder Einfluss der politischen Parteien auf die Besetzung von Richter- oder Staatsanwaltschaften verschwinden. Weisungsrechte sind möglichst abzuschaffen. Überhaupt soll in der heutigen Staatsverwaltung kein Beamter oder kein Angestellter eines Staatsapparates ein Parteimitglied sein. Jede politische Partei muss aus der Staatsverwaltung verschwinden. Dann wird es auch keine Diktaturen mehr geben. Die Partei ist der Staat, diesen Spruch darf es nicht mehr geben.

Die SLE fordert, dass heute kein Beamter, in welcher Funktion er sitzen möge, ein Mitglied einer politischen Partei sein darf. Als Parteimitglied hat er den Beamtensessel zu räumen. (Er hat dem Staat zu dienen, von dem er bezahlt wird und nicht einer politischen Partei.) Polizisten werden im Dreisäulenstaat bei keiner politischen Partei sein, weil es keine solche Parteien mehr geben wird.

In ähnlicher und entsprechender Weise, um wieder zu den Wahlen zurückzukommen, wählen die Unselbständigen ihre Vertreter in die ARGE-Wirtschaft bzw. KAU. In die ARGE-Kultur und in die ARGE-Recht wählen die Unselbständigen und Selbständigen auch als Konsumenten.

Das wäre im Großen und Ganzen das Wirtschaftsleben, in dem jeder Mensch steckt. Da jedes soziale Leben miteinander von dem Wirtschaftsleben abhängig ist, übernimmt die ARGE-Wirtschaft jedes Geschehen mit Kranken, Arbeitslosen, Pensionisten, denn der Staat verteilt momentan die entsprechenden Gelder nur um. Dieses Geld erhält die KAU. Das Verkehrs-, das Gesundheits- und Unterhaltungswesen wird auch über die KAU organisiert und geregelt. Mehrere Konsumentenvertreter haben in jeder Wirtschaftssparte im Verhältnis von mindestens 3:1:1 Mitentscheidung. Das ist natürlich ganz neu für das Gesellschaftsleben, ist aber im Grunde genommen in irgendeiner Form bereits vorhanden, aber die momentane Kontrolle des Staates (Gewerbekontrolle, Finanzkontrolle Kontrolle von Straßen, Brücken, Kraftwerken usw.) weicht der Mitentscheidung der Konsumenten und der Kontrolle der Organe der ARGE-Wirtschaft. Die Konsumentenvertretung wird entsprechende Kontrollen zum Teil allein und zum Teil mit U und A Mitgliedern durchführen. Die Stellenvermittlung (das Arbeitsamt) übernimmt selbstverständlich die KAU, also die ARGE-Wirtschaft. Viele momentane Arbeitsbereiche des Staates wie auch Lawinen-, Wildbachverbauung, Straßen-, Forststraßenbau, Bau von Krankenhäusern, Gesundheitswesen, Rettungswesen, Feuerwehren, Bauwesen, Entwicklungsstrategie, usw. übernimmt die KAU, die hauptsächlich private Firmen für diese Vorhaben einsetzt und für Kontrolle sorgt.

Das Kindergarten- und Schulwesen, die Hochschulen und Universitäten, Volkskulturwesen, Museen, Theater und ähnliches werden aus den Aufgaben des Parteienstaates gelöst und der ARGE- Kultur mit ihren vielen verschiedenen Abteilungen unterstellt. Nach Möglichkeit sollen unter Einbeziehung der sachlichen Konsumentenvertreter alle Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Museen, Theater, Opern privat geführt werden, weil die Privaten meist besser wirtschaften können und die jeweiligen Konsumentenvertreter mitentscheiden. Einnahmen und Ausgaben sollen sich die Waage halten. Nur für größere Anschaffungen, Renovierungen, Neubauten von Schulen, Erweiterungen und unter Umständen für Personalaufkommen wird in diesem Bereich das oberste Gremium der ARGE-Kultur aufkommen. Jetzt öffentliche Bauten werden, wenn es nicht anders geht, verschiedenen

Gremien der ARGE-Kultur zugewiesen (Z.B.: dem Staat (Bund, Länder, Gemeinden) gehörende Theater werden dann der öffentlichen ARGE-Kultur-Theater gehören, die das Gebäude erhalten muss, es aber an private Betreiber vermieten kann.)

Das Geldwesen gehört unter die Kontrolle der Konsumenten (nicht unter die Kontrolle der Staaten oder anderer Banken) und somit unter die Kontrolle der KAU. Wenn Banken Banken kontrollieren, oder eine staatliche Bankaufsicht versagt, führt das in die verheerenden Skandale und Missstände der letzten Zeit. Völlig neu ist der Vorschlag, dass Konsumentenvertreter als Aufsichtsräte die Führung einer Bank entscheidend mitbestimmen werden. Die Aufsichtsräte sind meist keine Aktienbesitzer dieser Bank. 60% der Aufsichtsräte jeder Bank muss von der gewählten Konsumentenvertretung kommen. Auch in der Leitung der Banken, also im Direktorium müssen zwei Drittel von der Konsumentenvertretung auf drei oder vier Jahre von der ARGE-Wirtschaft bestellt oder entsandt werden. Die Banken werden in Einbeziehung der Konsumenten weise geführt werden, sie werden nicht mehr so einem Konkurrenzkampf ausgesetzt sein, weil die Konsumentenvertreter über das gesamte Bankenwesen ausgleichend und nicht Gewinn maximierend wirken werden. Entsprechendes gilt auch von den Versicherungen. Wegen dieser einschneidenden Veränderungen, die über die parlamentarische Ebene Gesetzeskraft erlangen werden, also über die von der SLE bei genügender dreiviertel Mehrheit vorgeschlagenen Gesetze, wird die SLE von diesem Machtkoloss und den anhängenden politischen Parteien vehementest herabgesetzt, bekämpft und verunglimpft werden. Mit diesem Vorschlag ist ein guter Mittelweg zwischen Kommunismus (also Verstaatlichung) und Kapitalismus (also Ertragsmaximierung) erreicht.

Doch mit der Gründung dieser Partei, der „Selbstlosen Europas“, ist ein Zug in Bewegung geraten, der nicht mehr zu stoppen sein wird, da die Wirtschaft aus einem neuen Blickwinkel, nämlich aus dem Blickwinkel der Konsumenten betrachtet wird. 150 Jahre wirtschaftlicher, kultureller und juristischer Einheitsstaat mit fulminanter Führungsmacht neigt sich dem Ende zu. Ein neues Demokratiebewusstsein unter Führung eines Dreisäulenstaates (drei Säulen: Wirtschaft, Kultur und Recht) wird die politische Szene der Parteiendemokratie ablösen und weiterentwickeln. Der Konsument hat das Interesse, dass es der gesamten Bevölkerung eines Staates gut geht!

Der Vorsitzende, das heißt der Präsident des ARGE-Wirtschaftsparlaments wird von den 26 Mitgliedern in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Siehe weiteres und Entsprechendes in ARGE-Recht.

Das Kultur- und Bildungsparlament; die ARGE-Kultur

Jeder Mensch ist aber in irgendeiner Form in das Schul-, Kultur-, Religions-, Wissenschafts- und Sportleben eingebunden. Dieses Gebiet ist für viele nicht so interessant wie das gesamte Wirtschaftsleben, aber es ist diese Arbeitsgemeinschaft enorm wichtig, da sie mit der Bildung die Gestaltung der Zukunft autonom entscheidet. Deshalb gehören die heute verschiedenen Ministerien zugeordnete Aufgaben aus dem Staats- und Wirtschaftsbereich herausgelöst und einem selbständigen Gremium, einer eigenen ARGE-Kultur mit ihren verschiedensten Abteilungen unterstellt. Um „Das Recht geht vom Volke aus“ gerecht zu werden, wird auch dieses Gremium, d. h. die Mitglieder dieses Kulturparlament vom Volk, also aus freiem Willen von der gesamten erwachsenen wahlberechtigten Bevölkerung gewählt. Um im Thema Volljährigkeit und Wahlberechtigung eine Einigung zu erzielen, könnte man die Volljährigkeit mit zwanzig Jahren festlegen. Mit diesem Alter wäre auch die Wahlberechtigung verbunden. Darüber wird sachlich die ARGE- Recht diskutieren.

Es werden also auch alle Mitglieder der ARGE Kultur, Sport, Wissenschaft und Religion von der gesamten erwachsenen Bevölkerung gewählt. Nun sollte man den gesamten Aufbau der Kulturhierarchie beschreiben. Die gewählten Konsumentenvertreter arbeiten in allen Gremien ehrenamtlich. Ihr Entgelt wird von den zugeordneten Gremien festgelegt.

In den Wahlzettel für die ARGE-Kultur ist in der Zeile des zu Wählenden noch Platz für den Beruf dieser Person frei zu halten, falls die Wählerin/der Wähler den Beruf weiß (z.B.: Architekt, Schauspieler, Lehrer, Sporttrainer, Berufssportler, Wissenschaftler,...).

Die ARGE-Kultur wird von fünfzehn wahlberechtigten Personen für Kindergartenkinder und für die Schülerinnen und Schüler bis 17 Jahren, von neun Personen für die Studenten bis 27 Jahren, von neun Personen für die Kulturträger aus Oper und Theater, Film, Galerien und Museen, von neun Personen für die schaffenden Künstler aus Musik, Malerei, Bildhauerei, Architektur, Angewandte Kunst und Ähnlichem, von neun Personen für die in Religion, Pädagogik, Wissenschaft und Forschung auch in jeder alternativen Forschung, von neun Personen für Sport, Rundfunk, Fernsehen, Verlage und Autoren, das sind 60 Personen gebildet, die zum Beispiel in einem vorhandenen Parlamentsgebäude (oder im ehemaligen Kulturministerium) tagen. Selbstverständlich werden die Mitglieder der anderen zwei Arbeitsgemeinschaften im gleichen Parlamentsgebäude in anderen Räumen oder zu einer anderen Zeit tagen.

Die Wahl dieser 60 Personen (angenommen wird eine Bevölkerungszahl eines Staates bis zu etwa fünfzehn Millionen Menschen. Die Gremiumsmitglieder der drei ARGEN sind an die Bevölkerungszahl anzugleichen.) wird organisatorisch ähnlich dem heute üblichen Wahlverfahren ausgerichtet. Auf dem Wahlzettel stehen in sechs Gruppen (eine Gruppe A für bis 17jährige Schüler, eine Gruppe B für über 17jährige Studenten, eine Gruppe C für Oper und Theater, eine Gruppe D für Künstler, eine Gruppe E für Religion u. Wissenschaft und eine Gruppe F für Sport/Medien) je drei leere Zeilen, in die jede Wählerin und jeder Wähler ihrer bzw. seiner bevorzugten Wahlperson aus dem gesamten Bundesgebiet eintragen kann. Denselben Namen kann eine Wählerin oder ein Wähler möglicherweise in allen sechs Gruppen dreimal eintragen. Das wären dann je drei Stimmen für diese Person in den Gruppen A, B, C, D, E, F. Also insgesamt 18 Stimmen für diese Person. Das soll aber nicht die Regel sein. Da können schon etwa zehntausende Namen in dem gesamten Staat aufscheinen, denn aus jedem Bundesland dürfen in jedem Bundesland staatsangehörige Personen gewählt werden.

Mit dem Computer sind die stimmenstärksten Personen festzustellen. Nachher sind die stimmenstärksten Personen für die einzelnen sechs Berufsgruppen durch das Wahlkomitees zu eruieren, was natürlich zeitaufwändig ist. Die 60 bzw. 120 Personen mit den meisten Stimmen (bei allen Gewählten ist ja ein Reservemandat vorgesehen) werden daraufhin den einzelnen sechs Gruppen zugeteilt, die sie dann zu vertreten haben. Wenn einzelne gewählte Personen die Wahl nicht annehmen, ist auf die nächst Gereihten zurückzugreifen. Damit in den einzelnen Berufsgruppen z. B. in der Berufsgruppe C die Bestgereihten aus Oper, Theater, Museen und Galerien mit ihrem Fachwissen zum Zug kommen, müssen andere in dieser Liste sonst besser Gereichte ihnen Platz machen. In jeder Gruppe müssen zwei Drittel der Personen Berufstätige in dieser Gruppe sein, ein Drittel wären echte Konsumentenvertreter, die in dieser Gruppe die Interessen der Konsumenten wahrzunehmen haben. Eine Person kann selbstverständlich mehrmals nacheinander in die ARGE-Kultur (oder in die ARGE-Recht oder in die ARGE - Wirtschaft) gewählt werden, also mehrere Arbeitsperioden absolvieren, aber sie darf nie zugleich in zwei oder allen drei ARGE Parlamenten vertreten sein. (Die 26 Mitglieder der ARGE-Wirtschaft, die 60 Mitglieder der ARGE-Kultur und die 21 Mitglieder der ARGE-Recht müssen alles verschiedene Personen sein.) Das schaut natürlich kompliziert aus, ist es

aber auch. Die ARGE-Kultur ist auch das zukunftsweisende Gremium. Sie soll sich auch maßgeblich an der Weiterentwicklung von Recht und Wirtschaft beteiligen.

Die Liste mit den etwa dreitausend gereihten Gewählten braucht man für die gesamte vierjährige Arbeitszeit zur Nachbesetzung, wenn gewählte Personen aus welchen Gründen auch immer ausscheiden oder sterben, oder um Gewählte in die verschiedensten Organe der ARGE-Kultur (z. B. in die Leitung und Verwaltung der Fernsehunternehmen, oder in Leitung und Verwaltung von Opernhäusern und Theater, oder in die verschiedensten Firmen, die sich mit Kultur beschäftigen) zu entsenden. Der Konsument, auch der Kulturkonsument wird in Zukunft im Kulturgeschehen überall mitreden, besonders in der Preisgestaltung der Löhne und Eintrittspreise mitentscheiden. Heute hat im Kulturgeschehen der Konsument fast keine Rechte, genau so wie im Wirtschaftsleben. Er hat meist ungefragt nur zu zahlen.

Alle Probleme, die im ARGE-Kultur Bereich auftauchen, von der Erziehung bis zur Erforschung neuer Medikamente, der Finanzierung von Schulen, Instituten und Kunsteisbahnen usw., werden hier sorgfältig geprüft und in Fachbereichen diskutiert und ab einem gewissen Kostenaufwand (etwa fünf Millionen EURO) in der ARGE Kultur von allen 60 Gremiumsmitgliedern beschlossen.. Jedes Mitglied der Gruppe A, B, C, D, E, oder F hat das Recht bei Treffen anderer Gruppen anwesend zu sein, aber es darf nur bei mehrheitlichem Beschluss in dieser Gruppe mitreden. Auf Verlangen können auch Fachleute beigezogen werden. Die 60 Mitglieder der ARGE beschließen auch wie viel sie vom Staatsbudget notwendig brauchen. Auch die Bezahlung vieler in diesem Sektor Berufstätigen wird von der ARGE-Kultur vorgenommen, weil sie z.B. als Professoren oder Lehrer usw. arbeiten und über die ARGE-Kultur bei verschiedenen meist privaten Schulen auch den Berufsschulen und landwirtschaftlichen und ähnlichen Fachschulen oder autonomen Universitäten, bei denen sie sich bewerben, angestellt werden. Auch die Untergliederung mit ihren verschiedenen Namen und die Gesamtorganisation werden vorerst von den 60 Personen mit einfacher Mehrheit beschlossen. (Mit Besonnenheit und gute Willen wird in diesem Konzept kein Chaos auftreten.)

Ähnlich wie die Kirchen in den Orten und Städten meist nicht einer Staatsführung unterstehen, so werden Museen aller Art, Konservatorien, Forschungsstätten usw. der Verwaltung der parteienabhängigen Staatsführung entzogen und der ARGE- Kultur meistens als private Unternehmen zugeordnet und unterstellt.

Die SLE treten für die öffentliche Anerkennung der Waldorfschulen und sehr ähnlichen Schulen und gleiche Bezahlung der Lehrer an solchen privaten und öffentlichen Schulen ein. Alle Schulen sollen im Laufe der Zeit die Lehrinhalte dieser Waldorfschulen übernehmen. Die SLE tritt gegen die Schulpflicht auf und für einen Schuleintritt mit sieben Jahren ein. Staatskontrollen im Bereich dieser ARGE werden abgestellt. Kontrollen gehen von der ARGE selbst aus. Der Staat wird auf ganz neue Beine gestellt, weil die politischen Parteien die Staaten nicht mehr führen können und versagen oder in unverantwortlich hohe Schulden treiben.

Der Vorsitzende, also der Präsident der ARGE –Kultur wird aus allen 60 Mitgliedern mit einfacher Mehrheit in geheimer Wahl eruiert. Siehe Entsprechendes bei ARGE-Recht. Bei Stimmengleichheit im letzten Wahlgang entscheidet das Los. Das gilt auch für die ARGE-Wirtschaft.

Das Recht- Parlament oder die ARGE- Recht

Nun bleibt noch ein dritter Bereich, der der eigentliche und im ursprünglichen Sinne die Staatsfunktion von alters her ist.

Das, was noch übrig bleibt, ist die so genannte Staatshochheit, die für die Sicherheit der Gesellschaft zuständig ist. Da überall Recht und Ordnung herrschen soll, übernimmt diese ARGE-Recht Ordnung und Recht im Staat. Alles, was mit öffentlichem Recht und öffentlicher oder privater Ordnung zusammenhängt, untersteht diesem Staatssektor. Hier ist das Wirkungsfeld der so genannten Beamtenschaft. Das gesamte Gerichtswesen, die gesamte Rechtsorganisation, die Justizanstalten, das gesamte Polizeiwesen, das noch bestehende Heereswesen, das Botschafterwesen, die gesamte Staatsverwaltung (Länder, Gemeinden: Meldeamt, Passamt, Standesamt, Namensgebung von Straßen, Plätzen oder Orten/Städten von Flüssen und Bergen u.ä. , Staatsbürgerschaft, Führerschein). Unter dem Einfluss der Konsumenten wird sich auch in diesem Sektor vieles ändern. Diese ARGE-Recht führt keine Kontrolle über ARGE-Kultur oder ARGE-Wirtschaft, weil die beiden ihre eigenen selbst gesetzlich festgelegten Kontrollorgane und eigenen Gesetze autonom aufbauen. Die ARGE-Wirtschaft schafft ihre eigenen Gesetze, eben wie in der Wirtschaft miteinander umgegangen werden soll. Die ARGE-Kultur nimmt wieder einen anderen Bereich der Gesetzesstruktur an, hat also auch ihre eigene Gesetzgebung.

Es ist das so genannte „alte“ Parlament, das hier die Bevölkerung gewohnt ist zu wählen. Die Bevölkerung wählt also dreimal. Einmal die ARGE-Wirtschaft, zum Zweiten die ARGE-Kultur und zum dritten Mal die ARGE-Recht.

Den Staat nach außen und nach innen vertritt ein Mitglied der ARGE Recht auf zwei oder mehrere Jahre (sozusagen als Außenminister bzw. Staatspräsident). Dieses Mitglied wird von allen 21 Mitgliedern der ARGE Recht bei geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Lässt sich nach drei Wahlgängen für keine Person eine einfache Mehrheit feststellen, wird unter den beiden Bestplatzierten des letzten Wahlganges die Entscheidung mit einfacher Mehrheit gefunden. Diese Wahlgänge sind geheime Wahlen. Auf den Wahlscheinen stehen die Namen aller 21 Personen. Gültig ist ein Wahlschein, wenn nur der Name einer Person angekreuzt wurde. Ein Mitglied (also auch wenn es mehrmals in mehreren Arbeitsperioden in dieser ARGE wirkt) kann unbeschränkt oft in diese Position gewählt werden. Er bestellt, wenn notwendig, in Absprache mit allen Gremiumsmitgliedern die neuen österreichischen Botschafter.

In entsprechender Weise wird der Präsident als Vorsitzender der ARGE-Recht aus den 21 Mitgliedern gewählt.

Über Bezahlung der verschiedensten Posten in allen Gremien und Unterorganisationen bestimmen die Mitglieder der einzelnen ARGEn.

Die ARGE-Recht stellt für die ARGE-Kultur und ARGE-Wirtschaft lediglich Rahmengesetze auf, die diesen beiden ARGEn breiten und genügenden Raum für ihre eigene Rechtsgestaltung überlässt. Die ARGE-Recht schafft die gesetzliche Grundlage einer autonomen und selbständigen Verwaltungsordnung, mit eigener Gesetzgebung und Organisation der ARGE-Wirtschaft und ebenfalls der ARGE-Kultur und natürlich auch für sich selbst. (Strafrecht, Zivilrecht, Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht usw.)

Die ARGE-Recht urteilt nur nach eigenen und nach den Gesetzen, die ARGE-Wirtschaft und ARGE-Kultur festlegen und bestimmen. Jede Rechtsprechung erfolgt im Instanzenweg über Bezirksgericht, Landesgericht, Gerichtshof nur in der ARGE- Recht. Die Konsumentenvertreter in der ARGE-Recht arbeiten in der kleinsten Einheit dieser ARGE im

Verhältnis 2:1, das heißt auf zwei Konsumentenvertreter kommt ein Mitglied der Justiz oder Verwaltung. Die Konsumentenvertreter kontrollieren z.B. Justizanstalten, die Baulichkeit von Gerichtsgebäuden, das Polizeiwesen, die Staatsanwaltschaft, Richterurteile, Notare und Rechtsanwälte usw. Ihre Aufgabe ist es, Mängel zu beseitigen und auf alle Fälle Verbesserungen im Sinne der Konsumenten herbeizuführen.

Konsumentenvertreter in der ARGE- Recht beurteilen das Justizwesen und Verwaltungswesen als solches, sie sollen als Schöffen sich einsetzen und neue Wege im Strafrecht gehen. (Z.B.: Richter dürfen bei Verurteilungen auch andere Strafen als Arrest oder Geldstrafen aussprechen. Jeder Richter hat im gleichen Verfahren das Recht z.B. der Begnadigung, der Verwarnung usw.) (Vier Personen jedes Staates haben unabhängig von einander in jedem Gerichtsverfahren, ob im Verwaltungs- oder Strafgericht oder Disziplinarverfahren usw. auf begründeter Bitte des Verurteilten ohne Vorschlagsbeschluss irgendwelcher Gremien ein Begnadigungsrecht: Der amtierende Präsident von ARGE- Wirtschaft, der amtierende Präsident von ARGE-Kultur, der amtierende Präsident der ARGE-Recht und der amtierende Vertreter eines Staates dem Ausland und Inland gegenüber.)

Auch die ARGE-Recht steht unter dem Einfluss und Mitgestaltung der gesamten Gesellschaft, weil in diesem Fall die Konsumenten die Gesellschaft eines Staates darstellt. Die ARGE-Recht macht die Gesetze für die Justiz, für die Staatsverwaltung (vorübergehend noch für das Militär) und baut ihre Organisationen mit den verschiedenen Verwaltungsgerichtshöfen und Strafgerichtshöfen und Verfassungsgerichtshöfen aus. Bestehendes zu kopieren wäre für eine neue ARGE-Recht zu bequem und einfach. Gutes soll bestehen bleiben, doch soll alles im Sinne von Gerechtigkeit und Vereinfachung verbessert werden.

Die Leiter aller drei ARGEn arbeiten mit ihrem Stab ein einvernehmliches und besonnenes Gemeinwohl aus. Die Leiter (Präsidenten) werden mit einfacher Mehrheit (es wird so lange geheim oder öffentlich gewählt, bis unter den zwei Bestplatzierten einer mit einfacher Mehrheit feststeht) von ihren Gremiensmitgliedern, also den 60 Mitgliedern der ARGE Kultur, den 26 Mitgliedern der ARGE-Wirtschaft und den 21 Mitgliedern der ARGE- Recht gewählt. Es wird also drei Präsidenten in einem Staat geben, ihre Bezüge sollen gleich hoch und von allen 107 Mitgliedern der drei ARGEn festgelegt werden.

Die Mitglieder der ARGE Recht wird gebildet aus sieben Personen, die Richter, Notare, Rechtsanwälte, Rechtspfleger, Justizangestellte, Polizei und Heer vertreten sollen und aus 14 Personen welche die Konsumenten vertreten. Diese 21 Personen entscheiden über die zu beschließenden Gesetze der ARGE-Recht. Rahmengesetze ermöglichen den Aufbau und die Organisation der ARGE-Wirtschaft und geben ihr einen weiten Spielraum für ihre eigene notwendige Gesetzgebung und ihre juristischen Einstellungen. Weiters muss der ARGE Kultur ein breiter Spielraum für ihr geordnetes und gesetzliches Wirken offen stehen, auch ihr steht Gesetzgebung in ihrem Wirkungsbereich zu. Hierarchisch aufgebaute Gerichtshöfe soll es aber nur in der ARGE-Recht geben, die sich nach den Gesetzen der ARGE-Wirtschaft und den Gesetzen der ARGE-Kultur und natürlich nach ihren eigenen Gesetzen zu richten haben.

Die Wahl in dieses Gremium kann man ähnlich der Wahl zur ARGE-Kultur gestalten, wobei Richter, Notare, Rechtsanwälte, Rechtspfleger, Polizei, Verwaltungsbeamte, Justizbeamte, je eine Person, also sieben Personen wählen. (Diese Berufsgruppen wählen intern nach obigem Muster je eine Person. Der Notar mit den bundesweit meisten Stimmen vertritt die Notare, der Polizeibeamte mit den bundesweit meisten Stimmen vertritt die Polizei, der Verwaltungsbeamte mit den bundesweit meisten Stimmen vertritt die öffentliche Verwaltung

usw. Heer soll es ja später nicht mehr geben. So lange ein Heer vorhanden ist, muss ein gewählter Vertreter des Heeres dabei sein.) Weiters werden 14 Personen der Konsumentenvertretung nach der heute üblichen Wahlordnung gewählt. Die angeführten Berufsgruppen sind natürlich auch Konsumenten und wählen daher in dieser Wahlwoche oder dieser Wahlzeit zweimal. Einmal ihren Berufsvertreter und das zweite Mal die Konsumentenvertreter für die ARGE-Justiz. Man wird das Staatsgebiet in Verwaltungsbereiche aufteilen, die meistens mit den heutigen Ländergrenzen und den heutigen Bezirksgrenzen (das heißt mit den neuen Gemeinden) übereinstimmen. Alle heute bestehenden Gemeinden eines Bezirkes werden zu einer Gemeinde zusammengefasst. Der Bezirk wird zu einer Gemeinde. Gibt es kleine Bezirke, sollen sie zu Bezirken mit 20 000 bis 30 000 Einwohnern zusammengefasst werden, die dann wieder eine Gemeinde als kleinster Verwaltungsbereich wird.

Es stehen sich im modernen und unmodulierten Staat drei ARGE gegenüber, niemals in feindlicher Haltung, sondern immer kooperativ, die ständig in reger Verbindung und regem Gedankenaustausch zum Wohle der Gesamtbevölkerung bleiben. Aber selbständig und autonom bleiben. Sie bilden die drei politischen Säulen der Gesellschaft und ersetzen damit das sich jeder Verantwortung entziehende Modell der so genannten Parteiendemokratie. Die Parteiendemokraten werden so lange sie können, den umorganisierten und umgearbeiteten Staat auf jede mögliche Art verunglimpfen und als unsinnig hinstellen, weil sie den Konsumenten nicht ins wirtschaftliche, kulturelle und juristische Schiff holen wollen, weil sie eine Weiterentwicklung nicht erkennen. Im Kultur- und Rechtswesen ist ein Ansatz von Konsumentenbeteiligung jetzt wohl vorhanden, weil sich manche Abgeordnete als Gesellschaftsvertreter verstehen. Aber Clubzwang bremst gut gemeinte Vorschläge ein. Das Plenum eines heutigen Parlaments wird sozusagen in drei wesentlich kleinere Teile zerlegt, sodass die ARGE-Wirtschaft, die ARGE-Kultur und die ARGE-Recht ihre eigenen Gesetze unter Mitentscheidung der Konsumenten formulieren und aufstellen können.

Für bis zu 15 Millionen Einwohner eines Staates wird es nur mehr 107 „Abgeordnete“ geben. Ober- und Unterhäuser, (also Adels- und Volksparlament) Bundesrat, kleine Landesregierungen und noch so vor hundert oder zweihundert Jahren ausgedachte Volksvertretungen werden im Dreisäulenstaat abgeschafft. Da erspart man sich sehr viel Geld.

Verteilung des Staatsbudgets

Man muss von einer gewissen Summe des gesamten Budgets eines Staates oder einer Bevölkerung ausgehen, dieses Budget wird in Form von Abgaben und Beiträgen zustande kommen. Von dieser Höhe wird man etwa 70% der ARGE-Wirtschaft, 15% der ARGE-Kultur und 15% der ARGE-Recht zusprechen müssen. (Die Prozentaufteilung muss von ARGE-Recht über Antrag einer der drei Arbeitsgemeinschaften in irgendeiner Form mindestens alle zwei Jahre neu festgelegt werden). Über erwirtschaftete Rücklagen soll in der ARGE-Recht entschieden werden. Bei Schulden muss sich jede ARGE nach der Decke strecken, dann muss die Bevölkerung entweder mehr zahlen oder auf Annehmlichkeiten verzichten. Unter den drei Arbeitsgemeinschaften soll zum Wohle der Bevölkerung ein gestalterisches kollegiales Verhältnis herrschen. So wie zum Beispiel Herz, Lunge und Leber zum Heil des gesamten Körpers zusammenwirken, so soll der auf drei ARGEs geteilte Staat das Gemeinwesen fördern. Kein Präsident soll den anderen bevormunden. Jede ARGE arbeitet autonom, sich selbst verpflichtend und sich selbst kontrollierend, weil die Konsumenten immer Transparenz und Aufklärung fordern.

Die SLE treten für eine allmähliche (20 bis 27 Jahre oder länger dauernde) Abschaffung des Heeres ein (Die Bevölkerung soll alle 10 oder 15 Jahre über Beibehaltung oder Abschaffung eines Staatsheeres abstimmen.) und für eine Vermehrung des Polizeischutzes. Den Dieben, Räubern und anderen Ganoven muss das Handwerk gelegt werden.

Somit wird das heute übliche Präsidententum, also das Staatspräsidententum mit seinem gesamten Umfeld und Präsidentenkanzlei nicht mehr in dem geltenden Sinne weitergeführt. Der Präsident ist der demokratische Nachfahre des Kaisers oder Königs. Er ist nicht mehr zeitgemäß. In seiner Person ist die Spitze der Staatsverwaltung. In manchen Demokratien hat er noch viel zu viele Rechte, wie sie zum Schluss vielen Monarchen noch zugestanden sind. Es werden auch die verschiedenen Klein- und Kleinstregierungen (für etwa 500 000 bis 3 000 000 Menschen) abgeschafft, die ja nur die Bundesgesetze in ihrem Wirkungsbereich bestätigen müssen. Ein Oberbürgermeister oder Bürgermeister im heutigen Sinn wird auch nicht mehr von Nöten sein, weil die Gemeinden in ihren jetzigen Wirkungsbereich verwaltungstechnisch zerfallen und weil die ARGE-Kultur, die ARGE-Recht und die ARGE-Wirtschaft mit ihren kleinsten gewählten Gremien in diesen mehrere jetzige Gemeinden umfassenden Gebieten tätig sein werden. (Den momentan bestehenden Gemeinden werden so viele Kompetenzen entzogen, so dass sie wesentlich weniger Aufgaben zu erledigen haben. Aus diesem Grunde werden Wohngebiete mit etwa zwanzigtausend Einwohnern zu einer Gemeinde, sprich zu einem Verwaltungsraum der ARGE-Recht, zusammengezogen. Hier könnte man schon einen Vorsitzenden als Sprecher einsetzen.)

Vom Einsäulenstaat zum Dreisäulenstaat ist ein weiter aber umso demokratischerer Weg. Die drei Präsidenten der drei ARGEs werden ein Zeichen für das Verlassen des Einheitsstaates oder Einsäulenstaates (Staat mit einem Parlament) sein. Die drei Präsidenten werden in ihrem Wirkungsbereich mit keinem Amt des Bundespräsidenten im heutigen Sinne zu vergleichen sein.

Eine Arbeitsperiode der drei ARGEN sollte jeweils vier Jahre sein. Einzelne oder mehrere gewählte Vertreter des Volkes in den verschiedenen Gremien aller Arbeitsgemeinschaften, damit auch in der so genannten alten Staatsverwaltung in der ARGE-Recht, können aber über Internetaufruf bei 20 000 Beteiligten bundesweit, in kleinen Gemeinden (20 000 Einwohner.) bei 15% Beteiligten (also etwa 2 500 wahlberechtigte Stimmen) abbestellt werden, das ist der Misstrauensantrag vom Volk aus. Zwei Wochen nach der Abbestellung muss im Internet noch einmal über Verbleib dieser Personen im Gremium oder deren Abbestellung entschieden werden. Die einfache Mehrheit entscheidet in dem betreffenden Wirkungsbereich nach drei Tagen, also 72 Stunden. Das Volk ist also nicht mehr einem oder mehreren gewählten Abgeordneten, sprich Gremiumsmitgliedern, hoffnungslos für seine gesamte Arbeitsperiode ausgeliefert. Jeder einzelne oder auch eine Gruppe von mehreren gewählten Gremiumsmitgliedern in den einzelnen drei ARGE Gremien mit ihren Unterorganisationen kann vorzeitig über Volksentscheid abgewählt werden. Das ist natürlich auch neu.

Die politische Partei die „Selbstlosen Europas“ wird sich dann auflösen, wenn die Staaten den vorgeschlagenen neuen Entwurf aufgegriffen und übernommen haben. Die alten Parteien ähneln sich in ihren Programmen immer mehr und haben nur mehr geringe Unterschiede in Detailfragen. Sie haben keine Visionen. Der überparteiliche Dreisäulenstaat ist aber eine solche Vision.

Die „Selbstlosen Europas“ treten mit einem neuen Staatsentwurf auf, der dem Menschen äußerst nahe liegt, weil jeder Mensch in Kultur, Recht und Wirtschaft lebt. Nach außen dürfen in einem Gesellschaftswesen, in einer blühenden Gesellschaft, diese Säulen nicht in einer Einheitsverwaltung gepresst werden (deshalb funktioniert der Staat nicht mehr und lässt sich in

immer neue Abenteuer ein, die schließlich in der Diktatur, oder siehe NSA Bespitzelung, enden werden), sondern in autonom verwaltete und organisierte Dreierformation aufgelöst werden. In dieser Formation gibt es völlig neue Überlegungen zum Eigentum von Grund und Boden. Auch der sogenannte „Pflichtschulbereich“ erhält eine neue Note. In dieser Dreierformation wird auch das heutige Steuersystem völlig auf den Kopf gestellt. (Siehe unten). Dann wird es einen neuen demokratischen Anfang ohne politische Parteien geben.

Die althergebrachten Parteien haben sicherlich unter vielen Opfern den meisten Adelsherrschaften ein Ende gesetzt. Die Parteien waren notwendig, aber jetzt führen sie weltweit zur Überschuldung aller Staaten, der großen und der kleinen Staaten. Die SLE stehen zu einem friedlich zusammenlebenden Europa vieler verschieden sprechender Völker, die die Vergangenheit vergessen und in die Zukunft positiv schauen sollen. Die SLE lehnen den Zentralismusgedanken in der Welt und in der EU ab, da verschiedene Völker von Natur aus verschieden sind, sonst gäbe es die mannigfaltige Völkerentwicklung mit ihren verschiedensten Sprachen nicht. Völker entwickeln sich aus dem Volksgeist, zu einer eigenen demokratischen Führung. Das Fernziel ist die Bildung vieler zusammenschauender Dreisäulenstaaten. Das soll die EU nicht versuchen zu verhindern.

Etwaige Fragenbeantwortung:

Wie stellt sich „SLE“ zur Alternativmedizin?

Die herkömmliche Ärzteausbildung soll durch alternative Ausbildung ergänzt werden. Die vielschichtige Durchdringung von Geist Seele und Körper wird in der üblichen Humanmedizin zu wenig berücksichtigt. Der Mensch oder das Tier als Versuchskaninchen darf es nicht mehr geben. Auf Grund geisteswissenschaftlicher Forschung muss eine zielsichere Behandlung auch möglich werden. Naturheilärzte mit entsprechender Ausbildung sollen wieder zugelassen werden. Auch in der Pharmaindustrie soll umgedacht werden, Tabletten sind nicht das Ein und Alles. Der Konsumentenvertretung öffnet sich hier ein weites Arbeitsfeld.

Was sagt die SLE zum Immigrantentproblem?

Das ist natürlich eine Frage, mit der man jeden Menschen in eine bestimmte Ecke drängen will. Viele Mitglieder der SLE denken wie auch milliarden Menschen an die Reinkarnation. Nach einer gewissen Zeit (100 bis 300 Jahre) kommt als gerechter Ausgleich eine Frau als Mann und ein Mann als Frau irgendwo auf der Erde unter ganz anderen Verhältnissen wieder zur Welt. Normalerweise sollen die Menschen dort bleiben, wo sie geboren wurden, denn die Seelen suchen im Jenseits jahrelang nach ihren geeigneten Eltern irgendwo auf der Erde. Die Seele kommt auf die Welt, auch wenn ihr entstehender Körper irgendwo abgetrieben wurde, dann sucht sie sich Eltern zweiter Wahl. Sie wollen unbewusst bei den Eltern erster Wahl leben, so ziehen Millionen auf der Erde herum, um unbewusst in der Nähe bei diesen Eltern zu sein. In Europa werden zwischen 500 000 und 1 000 000 Fötusse jährlich vernichtet. Aber die Menschen sollen im Großen und Ganzen bleiben, wo sie geboren wurden.

Wie stellen Sie sich zur Abtreibung?

Der Materialist wird ein Kommen des Kindes aus einer geistigen Welt natürlich leugnen. Er weiß nicht, was Wahrheit ist, hat das vielleicht noch nie gehört. Weiß nichts von Reinkarnation und lebt das Leben eines gescheiterten Tieres, überlässt sich seinen Trieben. Er denkt nur an das, was er irgendwo gesehen oder gehört hat. Er kann nichts anderes wissen. Die Frauen oder die Umgebung solcher Frauen entscheiden sich zur Abtreibung, weil sie gesetzlich erlaubt wurde,

von Materialisten erlaubt wurde. Eine Seele sucht bereits im geistigen Bereich, in der geistigen Welt Jahre vor ihrer Geburt bzw. Empfängnis seine Eltern aus. Viele moderne Frauen pochen auf ihren Bauch. Die Freiheit ist das oberste Gut der Menschheit, es muss viel mehr Freiheiten geben. Paragraphen sind kein Naturgesetz. Irgendwann sind die Paragraphen aus verschiedenen Weltanschauungen entstanden und sie werden aus neuen Weltanschauungen wieder weichen. Aber die Freiheit führt über die Liebe zur Verantwortung. Jeder Mensch muss sich vor seinem Gewissen verantworten, da sind Paragraphen keine Ausrede. Ein Gesetzesparagraph macht den Menschen nicht frei von seiner Verantwortung, dieser Paragraph soll ruhig bleiben, nur sollen die diesbezüglichen Frauen über die Hintergründe einer Geburt Bescheid wissen, dann werden sie sich trotz größter Schwierigkeiten aus innerer Freiheit zum Leben des Mädchens oder Buben entscheiden. Vielleicht einer Adoption zustimmen.

Wie stellen Sie sich zur Verschleißwirtschaft?

Heute wird so Vieles erzeugt, das kaum Leute brauchen. Es wird so viel weggeworfen. Um Großstädte entstehen hohe künstliche Berge, da häuft sich der Abfall in den Schuttbergen aus den letzten Jahrzehnten. Der Schutt ist ein Merkmal eines gewissen Wohlstandes. Wohlstand macht den Menschen denkfaul und bequem. Je denkfleißiger die Menschen werden umso weniger Schutt wird anfallen. Die Konsumenten werden dem Verschleiß eher ein Ende setzen als Unternehmer und Arbeiter. Die Verschleißwirtschaft ist der Abschaum des Wirtschaftens.

Wie stellen Sie sich zu Kraftwerken?

Endlich sind die großen staatlichen zentralen Großkraftwerke in Frage gestellt, weil sich Konkurrenz einstellt. Die Betreiber von Großkraftwerken sind über Gesetze befugt solche Großkraftwerke zu bauen. Das führte auch zu Monopolpreisen. Heute ist dezentrale meist private Technik gefragt. Stromerzeugung in Kleinkraftwerken, mit Solarzellen oder Windrädern und ähnlichem ist Zukunftsmusik. Man braucht nicht mehr so lange Stromleitungen. In verschiedenen Gebieten sträuben sich Natur- und Landschaftsschützer gegen die ungewohnten großen Windräder, sind aber große Stromverbraucher, weil sie sich von der Werbung der Stromerzeugungsfirmen verführen ließen. Den Wind und das Meer muss man mehr für die Stromerzeugung nutzen. Dezentrale, private Technik ist wieder gefragt. Für Strom sollte nicht mehr so viel Werbung betrieben werden. Stromeinsparung ist wichtig. Atomkraftwerke werden wegen ihrer Gefährlichkeit (Angriffsziel bei Sabotage oder Kriegen) und dem Problem der Endlagerung abgelehnt. Da in Zukunft unabhängig von Eigentumsverhältnissen viele Konsumentenvertreter vom Gesetz her vorgesehen sind, im Aufsichtsrat und in der Führung großer Unternehmen zu wirken, wird der Verbraucher wesentliche Vorteile erreichen.

Wie stellen Sie sich zu staatlichen Unterstützungen und Förderungen?

Das ist ein Thema, das die ARGE-Wirtschaft betrifft. Es wird nicht mehr der Staat an sich fördern, sondern die Wirtschaftsgremien inklusive den Konsumenten. Förderung hat durchaus Sinn, wenn es die Gesamtbevölkerung finanziell verkraftet. Sie dürfen nicht in die Verschuldung der Gesamtbevölkerung führen. Förderungen sollen nur dort sein, wo es die Konsumentenvertretung für gut hält.

Wie stellen Sie sich zu Steuern und Steuerreform?

Die vielen Steuern im heutigen Sinn wird es aus unserer Sicht nicht mehr geben, weil der Staat total umgebaut und neu organisiert wird, der Beamtenapparat umstrukturiert wird. Nach unserer Sicht soll es nur mehr eine Steuer geben, und zwar die Ausgabensteuer.

Alles Geld, das ein Mensch verdient, wird er irgendwann wieder ausgeben. Auf dieses ausgegebene Geld wird eine einheitliche Abgabe verlangt, mit der ein Gesellschaftsmodell funktionieren kann. Der Verwaltungsaufwand der drei ARGEs wird sich minimieren, es wird keine politischen sondern nur mehr geografisch gesehen Bundesländer(Kreise) geben. Die Kleinstlandesregierungen sind nicht mehr zeitgemäß. Die kosten nur viel. Die kleinste Verwaltungseinheit der ARGE Recht, die Gemeinde, wird unter Umständen zu größeren Einheiten im Sinne einer Kosten sparenden Konsumenteneinstellung führen. Hier entscheidet der Konsument, der Unternehmer und Arbeiter als Bürger durch initiierte Bürgerentscheide. (Die Bürgerrechte werden auch über abzustimmende Bürgerentscheide usw. wesentlich erweitert.) Steuern haben einen negativen Beigeschmack, weil momentan alles oder fast alles mehrmals besteuert wird.

Der Parteienstaat verbraucht wie der Adel seinerzeit Unmengen Geld, in seinem Fass ohne Boden besteuert er mehrmals besteuerte Dinge. Es ist das Beste, wenn man nur Abgaben (Steuern) auf die Ausgaben aller Verbraucher erhebt. 15% bis 30% der Ausgaben der Verbraucher wären zur Finanzierung der KAU, zur Finanzierung der ARGE Recht und Kultur wohl notwendig. Es wird also nicht das Einkommen sondern nur die Ausgaben aus diesem Einkommen versteuert. Es zahlt nie der Verkäufer, sondern immer der Käufer Steuern. (Der Verkäufer bzw. der Chef einer Firma entrichtet die mit dem Kassenbon entrichtete Ausgabensteuer treuhänderisch an die ARGE Recht.) Die KAU wird diese Abgabenmodelle erarbeiten, damit mit den Ausgaben der Konsumenten der Dreisäulenstaat mit seinen vielfältigen Aufgaben finanziert werden kann.

Der Konsument bezahlt heute bei jedem Einkauf die MWST über den Händler an den Staat. Die sogenannte Mehrwertsteuer ist ein Vorläufer der Ausgabensteuer. Hier zahlt auch der Käufer und nicht der Verkäufer die Steuer. Im Dreisäulenstaat wird das ähnlich funktionieren, weil bei jedem Einkauf Geld ausgegeben wird.

Die Verwaltung eines Konzerns, einer Großbank ist möglichst gering, so wird auch die Verwaltung der drei ARGEn möglichst gering sein müssen, dafür wird der Konsument schon sorgen. (Die drei ARGEn, die Geld zur Finanzierung bestimmter Projekte ausgeben, sind nicht ausgabenabgabenpflichtig, so wie ein Staat sich selbst keine Steuern vorschreibt.) Da der Konsument bzw. die Konsumentenvertretung auch bei der Preisgestaltung aller Produkte mitentscheidet, muss die Verbrauchervertretung schauen, dass die Produktpreise gerecht sind.

Jeder ist Konsument, doch soll sich niemand unverhältnismäßig bereichern. Wer sein Einkommen daheim hortet und nur spart, kann das ohne weiteres und ohne Steuerabgaben machen, er wird es doch einmal ausgeben, weil niemand etwas ins Jenseits mitnehmen kann. Der Erbe eines daheim gesparten Einkommens, zahlt keine Abgaben oder Steuern. Erst wenn er mit diesem Geld etwas kauft, zahlt er wie jeder andere auch seine Abgabe. Wenn jemand das Geld auf die Bank gibt, ist das etwas anderes. Konsequenterweise müsste er dafür 15% bis 30% an die ARGE-Recht bezahlen, weil er das Geld ja ausgibt Also bei Einlage von EUR 1000.- in die Bank müsste er 150.- bis 300.- EUR an die ARGE zahlen. Aber dazu wird es wohl nicht kommen, weil das der Untergang der Banken wäre. Die Bank kann auch nicht, wenn sie 10 000 Euro als Kredit ausgibt, dafür Steuern an die ARGE-Recht zahlen. Hier werden auch bei den Versicherungen andere Regeln möglicherweise eingeführt werden.

Jetzt werden in allen Parteiendemokratien die Reichen reicher und die Armen ärmer. In diesen Demokratien ist also auf jeden Fall etwas faul. Grund-, Vermögens-, Erbschafts-, Einkommens- und andere Steuern werden abgeschafft, weil lediglich über die Ausgaben aller Bürger Abgaben von 15 bis 30 % an die ARGE Recht zu tätigen sind. Die ARGE Recht hat mit der ARGE Wirtschaft und ARGE Kultur diese Gelder etwa im Verhältnis 15 zu 70 zu 15 aufzuteilen.

Die Höhe des Prozentsatzes der Ausgabensteuer werden Wirtschaftsfachleute errechnen, um den Dreisäulenstaat zu erhalten und finanziell für Katastrophenfälle abzusichern. Die SLE denken an etwa eine Halbierung der reinen Staatsverwaltungskosten, denn diese heutige aufgeblähte Staatsverwaltung wird es nicht mehr geben. Aber die Verwaltungskosten im Dreisäulenstaat werden auf ein Minimum gesenkt, weil das ein Hauptinteresse der SLE ist. Die SLE denken, dass ein Prozentsatz zwischen 15% und 30% gefunden wird.

Findet die SLE keine Probleme mit dieser Abgabensteuer?

Ein großes Problem gibt es für die Ausgabenabgabe, solange die Nachbarländer sich nicht auf diese umgestellt haben. Ein Mensch verdient im Inland mit seiner Arbeit mehr oder weniger viel Geld, er zahlt dafür keine Steuer, er zahlt ja keine Einkommenssteuer mehr. Wenn er dieses Geld aber nicht im Inland sondern im Ausland ausgibt, das diese Abgabe, die Ausgabensteuer in gleicher Höhe nicht kennt und das alte Steuersystem beibehält, dann gibt es Probleme. Dem Dreisäulenstaat entgehen Gelder, die er nur wieder über einen Zoll wettmachen könnte, aber das will ja auch keiner mehr. Die Waren würden wahrscheinlich im Ausland billiger sein, wenn sie teurer wären, geht niemand ins Ausland einkaufen. Wir werden sehen.

Die staatlichen Einnahmen fußen im Inland nur mehr auf die Abgaben für den Kauf von Waren für den Endverbraucher, der somit Besitzer und Eigentümer dieser Waren wird. Der Ausländer bzw. Besucher eines Staates mit Ausgabensteuer zahlt selbstverständlich die volle Abgabe für Waren und Dienstleistungen in diesem Staat, ohne sie je zurückzubekommen. Der Inländer, der als Grenzgänger im Ausland sein Geld verdient und verbraucht, zahlt lediglich die MWSt dieses Landes, da wird wahrscheinlich vieles um etwa 8% bis 20% billiger sein. Aber er verhält sich soweit korrekt.

So wird für den Urlauber das Leben im Ausgabenabgabenland teurer, weil in diesem Land alle anderen Steuern (Einkommensteuern, Mehrwertsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Alkoholsteuer, Lustbarkeitssteuer, die vielen nebulösen Gebühren und Abgaben usw.) wegfallen. Es werden wahrscheinlich die Wirtschaftswissenschaftler oder Steuerexperten ausrechnen müssen, wie hoch bei sorgfältigster und sparsamster Gremiumsführung aller drei ARGEn diese Ausgabenabgabe mindestens sein wird. Wenn auch in manchen Gebieten lediglich eine Umverteilung und Umschichtung notwendig sein wird, so wird der Privatisierungseffekt finanzielle Vorteile bringen. Die SLE rechnen, wie bereits ausgeführt, mit etwa einer Halbierung der Kosten der momentanen reinen Staatsverwaltung. (Keine autonomen Landtage mehr, kein Bundesrat mehr, Verringerung der Abgeordnetenanzahl, Einschränkung der echten Staatsangelegenheiten lediglich auf die ARGE-Recht bzw. Umschichtung der Staatsangelegenheiten von einem „Einheitsstaat“ auf einen „Dreisäulenstaat“ ((damit Auflösung der üblichen Kleinparlamente, weil diese umstrukturiert werden.)), keine Gemeinden ((Bezirke bzw. Kreise)) im heutigen Sinne mehr, sondern Großgemeinden den Bezirken entsprechend, denn diese kleinsten Stellen der Staatsverwaltung ((ARGE-Recht)) müssen viele Aufgaben an die KAU, das heißt an ARGE-Wirtschaft, mit ihren vielen Teilbereichen in den Ländern abtreten, durch Abschaffung

des Bundespräsidentenamtes ((Vertreter und Sprecher des Staates nach außen wird ein Mitglied der ARGE-Recht – siehe oben)), durch finanziell billigeres Wahlsystem (keine Wahlkämpfe im herkömmlichen Sinn mehr), durch Wegfall der staatlichen Parteienfinanzierung, wesentliche Kürzungen der politischen Gehälter ((der Bürgermeister von Wien erhält mehr Geld als der Bürgermeister von New York!)), allmähliche Beseitigung des Militärs, wenn es die Bevölkerung will ((alle zehn Jahre Volksentscheid)) u. a.).

Die Ausgaben allein werden zukünftig besteuert. Jedes Unternehmen, das Löhne zahlt, also Geld ausgibt, wird Ausgabensteuer bezahlen. Wie hoch diese Steuer- bzw. Abgabensätze sein werden, werden Fachleute berechnen. Anzunehmen ist, dass sie zwischen 15 und 30% der Ausgaben liegen werden. Wenn ein Unselbständiger etwa EUR 1 500.-im Monat verdient, wird der Chef zusätzlich EUR 225.- bis EUR 450.- an die ARGE- Recht zahlen müssen, weil Ausgabensteuer immer an die ARGE-Recht geht. Das ist aber alles, er zahlt keine Sozialversicherung, Krankenversicherung, Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung bzw. Konkursausfallversicherung für die Mitarbeiter, die zahlt er nur privat für sich selbst, weil er dafür Geld ausgibt – davon z.B. 28% an ARGE-Recht.

Jeder Unselbständige hat sich selbst zu versichern, er muss selbst für die Sozialversicherung aufkommen. (Diese Ausgaben unterliegen der Ausgabensteuer.) Dass diese günstiger ausfallen wird als heute üblich, dafür wird jede Konsumentenvertretung sorgen. (Das werden die Gewerkschaften natürlich bezweifeln.) Diese vereinheitlichten Versicherungen regelt die ARGE- Wirtschaft in ihren Gremien intern (wahrscheinlich durch einen einheitlichen Beitrag an die ARGE-Wirtschaft für jeden Arbeitnehmer und Arbeitgeber), damit jeder Unselbständige oder jeder Unternehmer im Krankheitsfall gleich gestellt wird. (Man wird sehen, ob man mit diesen Angaben zurecht kommen wird.)

Staaten mit hundert oder vierhundert oder noch mehr Millionen Einwohnern können diese Steuern lediglich auf Ausgaben ohne viel Zögern nach vorhergehender Information mit einem neuen Monat oder mit einem neuen Jahr auch mit der Erfahrung eines Staates mit Ausgabensteuer einführen. Gut Ding braucht Weile. Der Gesamtstaat wäre in mehrere Verwaltungsbereiche aufzuteilen.

Die SLE wollen nichts überstürzen, denn viele Menschen sind misstrauisch allem Neuen gegenüber und glauben, dass das nicht gehen, nicht funktionieren kann. Keine politische Partei hat bis heute die gute Idee der Ausgabensteuer (Ausgabenabgabe) auf der Welt geboren, noch die Idee aufgegriffen, dass die Wirtschaft den Konsumenten, die Konsumentenvertretung braucht. Die Konsumentenvertretung, welche entscheidend in Produktion, Handel und Verkauf und im gesamten Wirtschaftsleben mitzubestimmen hat. Die Konsumentenvertretung, die im Bildungs- und Kulturschaffen und auch im Justizwesen nach dem Gesetz mitzusprechen hat. Keine politische Partei hat bis jetzt die Eigentumsfrage von Grund und Boden zufrieden stellend lösen können. (Mit dem Gewehr in der Hand kann man keine zufrieden stellende Politik machen.) Die Wirtschaft muss wieder menschenfreundlicher, humaner werden!

Schaut der Dreisäulenstaat nicht nach einem Zentralstaat aus?

Dem Argument, dass der Dreisäulenstaat zentralistisch aufgebaut sei, muss entgegnet werden, dass die Zentrale der ARGE-Recht oder die Zentrale der ARGE-Wirtschaft oder die Zentrale der ARGE- Kultur in drei verschiedenen Städten eines Staates ihren Sitz haben können. Somit wird der Begriff Bundeshauptstadt eingeengt. Die ehemalige Bundeshauptstadt wird nur mehr die größte Stadt eines Staates sein.

Aber vom Aufbau und aus der inneren Gesinnung her ist der Dreisäulenstaat der vielgestaltigste Staat, den es bisher in der Erdentwicklung noch nicht gegeben hat.

Auf drei Säulen steht die Entwicklung eines Staatsvolkes und nicht wie bisher auf einer Säule, wie in den vergangenen Kaiser- und Königreichen, wie in den heutigen Demokratien oder Diktaturen. Eine Diktatur braucht den Einsäulenstaat, das geht nicht anders. Ein Diktator kann ohne oberste Befehlsgewalt, ohne seine alles beherrschende Partei im Staat nicht existieren. Wenn man den anonymen Parteien das Existenzrecht entzieht, dann entgeht jeder Staat einer linken oder rechten Diktatur. Die SLE wird alles unterstützen, was absolutistischen Regimen entgegensteht. Politischen Parteien soll man das Regieren nicht überlassen. Diese Demokratien besänftigen, beruhigen, schläfern die Massen ein. Aber wer in einer Demokratie nicht wach bleibt, wacht in der Diktatur auf. Das geht schneller als man denkt. Der Demokratiegedanke ist aus der Antike her wohl bekannt, aber gelebte Demokratie wurde in der Geschichte immer hintergangen.

Der Einsäulenstaat kommt ins Wanken, er kommt mit den gesellschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr zu recht. Sein einziges Hoffen ist Wirtschaftswachstum, weil er dann noch mehr Einnahmen hat und überleben kann. Ewiges Wirtschaftswachstum ist aber reiner Unsinn. Der Dreisäulenstaat wird aber auch mit einem negativen Wirtschaftswachstum zurechtkommen,

Was auf drei Säulen steht, kommt nicht so schnell aus dem Gleichgewicht. Der Staat ist von der Idee her ganz neu hin- und aufgestellt. Nur ein Einsäulenstaat kann in die Misere eines Diktaturstaates kommen. Parteien haben ausgedient, wenn der Dreisäulenstaat mit seinem Konsumenteneinfluss installiert ist und funktioniert. In den Einsäulenstaaten haben sich im vorigen Jahrhundert fast in ganz Europa über politische Parteien Diktaturen gebildet. Um Diktaturen auszuschalten, ist nichts besser als der Dreisäulenstaat. Eine Parteiendemokratie, wie sie heutzutage weltweit üblich ist, kann zu einem Dreisäulenstaat weiterentwickelt werden. In zweihundert Jahren wird der heute noch nationale Dreisäulenstaat wahrscheinlich auch weiterentwickelt werden. Momentan sehen die SLE den Dreisäulenstaat als die demokratischste Form einer Demokratie. Die SLE haben keine billige Slogans, kennen keine Hetze und kennen keine Gewalt. Die Mundpropaganda wird in den bestehenden Parlamenten die SLE zu einer dreiviertel Mehrheit führen und damit die Möglichkeit schaffen grundlegende Verfassungsänderungen durchzuführen, um damit den Dreisäulenstaat in verschiedenen Staaten zu etablieren.

Der Dreisäulenstaat wird seine Gremien mit den vielen Abteilungen auch dezentral im Staat nahe beim Bürger einrichten.

Wie stellen Sie sich zur Bildungsreform?

Eine Frage für die ARGE-Kultur. Da werden die Menschen noch viel lernen müssen, denn Wissen macht einen Menschen nicht komplett. („Wissen ist Macht“, das stimmt heute nicht mehr. Wissen führt heute schon zu Machtmissbrauch). Zum Denken gehören auch das Gefühl und der Wille. Gefühl erzeugen und Gefühle wecken, kann man nicht über Computer. Oder glaubt tatsächlich jemand, dass Computer in einem Kind soziale Gefühle wecken können? Computer und Computerspiele gehören nicht in Kinderhand und nicht in den Unterricht, da die Kinder zu egoistisch und egozentrisch werden. Ab 16 Jahren könnte man schon mit dem Laptop im Unterricht arbeiten. Wissen muss der Mensch auch etwas von sieben Jahre dauernden Entwicklungsschüben. Sieben Jahre (siebenter Geburtstag), vierzehn Jahre (vierzehnter Geburtstag) und 21 Jahre (21. Geburtstag) sind sozusagen immer wichtige „Geburtstage“ jedes einzelnen Menschen. Darauf muss die Bildung Rücksicht nehmen.

Ein großer Weiser des 20. Jahrhunderts hat seine Kraft auch in die notwendige Gestaltung des Unterrichts investiert. Die Waldorfschulen stehen in fast jeder großen Stadt Deutschlands, mit großem Zustrom, da sie mit schriftlicher Beurteilung, keinem Wiederholen einer Schulstufe, musischer und musikalischer Ausbildung, keinem Schulstress bis zur Matura führen. Zur Bildungsreform würde ich vorschlagen, die Waldorfschulen mit ihren Lehrinhalten und Lehrplänen in ganz Europa einzuführen. Jetzt werden sie als Privatschulen mit monatlichem Schulgeld pro Schüler und Sponsoren finanziert. Doch die ARGE-Kultur wird zu dieser Einsicht vorstoßen.

Außerdem lehnen wir eine staatliche Schulpflicht ab. Die Zeit ist reif, dieses uralte Gesetz aufzuheben. Die Frauen erkämpfen sich das Auflösen des Abtreibungsverbotes, die Kinder „erkämpfen“ sich das Recht auf Abschaffung der gesetzlichen Schulpflicht. Alle Kinder dürfen eine Schule besuchen, aber sie müssen nicht. Verpflichtende Kindergartenjahre sind höchstens wegen der Sprache für bildungsscheue anpassungsscheue Immigranten vorzusehen, sonst für niemanden. Den heute oft verpflichtenden zwei Jahren im Kindergarten setzen wir einen freiwilligen Kindertageneintritt entgegen und einen Schuleintritt mit sieben Jahren gegenüber. Wer den Nachmittagunterricht nicht besuchen will, kann immer nach Hause gehen und wer lieber zu Hause isst, braucht das Schulessen nicht zu verspeisen. In allen möglichen Lebenslagen soll die Freiheit einen gesetzlichen Auftrag beeinflussen.

Die Schulleitungen im Bereich der Schüler bis 16 Jahren sollen im Lehrkörper alle zwei Jahre wechseln. In geheimer Wahl wird vom Lehrkörper ein Schulleiter oder eine Schulleiterin für zwei Jahre gewählt. Wobei aber auch die gleiche Person bis zur Pensionierung immer wieder gewählt werden kann. Auch kann über ein Bildungsjahr diskutiert werden. Da erhält z. B. eine Lehrkraft ein halbes oder ein ganzes Jahr frei, wenn sie sich in dieser Zeit weiterbildet oder Bildungsreisen unternimmt unter der Voraussetzung, dass sie auf ein siebentel ihres Gehaltes während sieben Jahre verzichtet, bei einem halben Jahr auf ein vierzehntel ihres Gehaltes. Ähnliches könnte man auch im Wirtschaftsleben einführen.

Wie stellt sich die SLE zu hohen Staatsschulden?

Mit der Einführung des Papiergeldes beginnt die Misere der Staatsschulden. Früher ist meist ein monarchisch regierter Staat durch Kriege in Schulden gekommen. Aber es haben auch einzelne Monarche junge Burschen in ihrem Reichsgebiet ausgehoben und als Soldaten anderen Ländern oder Monarchen (z. B. für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg) verkauft. In Schulden wollte kein Staat leben. Man ersann Steuern noch und nöcher. Ein Zar erfand die Bartsteuer bei den russischen Bauern. Ein Staat erfand Spielkasinos, um sich zu sanieren, weil ihr Adel zu großzügig lebte. In Österreich gibt es die so genannte „Luftsteuer“. Da verlangt der Staat (Gemeinde, Magistrat) eine Abgabe, wenn kleine Werbeplakattafeln auf öffentlichem Grund stehen. Der Parteienstaat wird erfinderisch im Auftreiben von Geld: Ein Bürger baut sich irgendwo unter viel Mühen bei sparsamem Leben mit einem Baumeister und den entsprechenden Handwerkern ein Haus im umgewidmeten Grünen, er hat alle Steuern, Bescheide, Kanal- und Stromanschluss usw. bezahlt. Weil die Parteien unersättlich sind, holen sie sich seit einigen Jahren besonders in den Urlaubsgebieten über eine sehr hohe Zweitwohnsitzabgabe in Summe Milliarden für ihre Parteiendemokratie. Der moderne Staat kommt mit dem Geld nicht aus.

Heute zeigen alle zivilisierten Staaten der Erde, wie man mit nie zurückzahlbaren hohen Schulden bestens leben kann. Die Staatsregierungen (z.B. USA) werden nicht kritisiert, weil sie in andere Staaten Summen schmeißen, die sie nicht haben, die sie einfach in der Staatsdruckerei drucken lassen. Die Menschen werden verwöhnt, erhalten diese oder jene

Sozialleistung, rebellieren, wenn das Geld ausbleibt. Staatsfirmen oder halbstaatliche Unternehmen holen sich Bauaufträge vom Staat, der sowieso kein Geld hat und bei Staatsbanken weitere Schulden macht. Verschuldete Gemeinden erhalten beim verschuldeten Land Geldsummen, das wieder vom verschuldeten Bund diese Beträge haben will. Und der Bund macht wieder Schulden, damit es der Wirtschaft, das heißt uns allen gut geht. Wohin soll das führen?

Wie eine Familie sich keine zu hohen Schulden leisten kann, so darf auch ein Sozialgebilde, das man Staat nennt, keine zu hohen Schulden anhäufen, dass womöglich noch die Urenkelgeneration die Politik ihrer Groß- und Urgroßeltern verfluchen. Schulden machen nicht glücklich. Zu fragen wäre, was sich da ein Bundeskanzler denkt. Wie wird er den Banken das Geld zurückzahlen? Fast alle politischen Parteien glauben, dass es doch immer wieder irgendwie weitergehen wird.

Einige Großstaaten drucken Geld soviel sie brauchen und leben im Wohlstand ohne Rücksicht auf Verluste. Die Kleinstaaten aber leiden und bluten, die dürfen sich kein Geld drucken, denn dann zieht das Gespenst der Inflation auf. Mit welchem Recht drucken die Großen einfach Milliarden, um armen Staaten Geld zu borgen und Rückzahlungen zu verlangen. Das kann kein international angemessenes Selbstdarstellungs- und Marktrecht sein und bleiben.

Was sagen die SLE zu dem viel diskutierten Problem über die Großschreibung?

Dieser Frage wird die ARGE- Kultur zu beraten und zu entscheiden haben. Die SLE erkennt die Großschreibung in der deutschen Rechtschreibung als einen echten Fortschritt an. In keiner anderen Landessprache der Welt wird das Hauptwort und die hauptwörtlich gebrauchten Wörter mit einem großen Anfangsbuchstaben geschrieben. Das kann man nur als eine Weiterentwicklung, als einen Fortschritt betrachten. Im ganzen deutsch sprechenden Sprachraum lernen die Kinder die Großschreibung, dann beherrschen etwa 85% der erwachsenen Bevölkerung diese Regeln. (Wenn man nicht alles kann, ist das kein großer Fehler. Niemand ist perfekt.) Es wird wohl so weit kommen, dass das eine oder andere Volk diese Entwicklung auch beginnen wird, bis viele Völker diese Rechtschreibungsregeln anwenden können. Dann wird sich niemand mehr über die deutsche Rechtschreibung aufregen. Ein bisschen national darf jeder sein, ein bisschen nationales Blut darf jeder Italiener, Ungar oder Chinese auch öffentlich zeigen. Die einheitliche gemeinsame Sprache führt ein Volk, eine Nation zusammen. Das Nationalitäten-, Religions- und das Rassenproblem werden sich erst mit vielen Rückschlägen in vier bis fünfhundert Jahren legen.

Was sagen Sie zur Bodenreform?

Jedes gepflegte Haus, jeder gepflegte Garten, alles bei dem die Menschen fleißig sind, hat sein freundliches Erscheinungsbild.

Der Kleingrundbesitz, das Haus der betreute Garten der Häuselbauer, und die gehegten Flächen eines Kleinbauern sind völlig in Ordnung. Ein größerer Landwirt hat eine Fläche von hundert bis zweihundert Hektar Wiese, Weide und Ackerland. Vielleicht noch hundert bis zweihundert Hektar Wald. Er wird sich seines Besitzes erfreuen, gut wirtschaften und alles gut betreuen. Wenn im Dreisäulenstaat landwirtschaftliche Betriebe Flächen verpachten, so erhält dieser Pächter den Ertrag der von ihm gepachteten Flächen, ohne dass er dem Verpächter dafür etwas (keine Pacht) zu bezahlen braucht. Der Verpächter hat aber das Recht bei Eigenbedarf den Pächter zu kündigen und muss die Fläche wieder ordentlich betreiben. Beansprucht der Verpächter diese Fläche nicht, erhält der Pächter diese Flächen mit der notwendigen

Grundbuchseintragung ohne für das Grundstück etwas bezahlen zu müssen nach vier Jahren. Ein willkürliches Pächterwechseln darf es nicht geben

.
Damit ist schon grundsätzlich aufgezeigt, dass das Jahrtausende alte Problem des Eigentums von landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem und gewässerwirtschaftlichem Flächen einer neuen Lösung zugeteilt werden muss.

Die SLE treten dafür ein, dass es kein Staatseigentum oder privates Eigentum in Landwirtschaft und Forstwirtschaft im Sinne der gebräuchlichen Gesetzesauslegung von Eigentum mehr gibt. Eigentum wird besser mit dem Begriff Besitztum vertauscht. Einer, der Grund und Boden besitzt, wird nicht mehr Eigentümer, sondern Besitzer (sozusagen Verwalter) dieser Flächen.

Eigentum hat immer in der Geschichte zu Auseinandersetzungen und Kriegen geführt! Jeder wollte mehr. Dieser König hat mit Gewalt sein Reich vergrößert, jener hat seine gesamte Verwandtschaft umbringen lassen, damit er nichts hergeben muss. Ein Nachbar prozessiert mit einem anderen wegen einer angeblichen Grenzsteinversetzung und geht dabei finanziell zu Grunde. Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden oder deren Firmen) soll auch kein Besitzer und Eigentümer von irgendwelchen land- oder forstwirtschaftlichen Flächen sein, auch nicht von Seen oder Meeren. Besitzer sollen nur mehr private Personen oder Genossenschaften oder Gesellschaften (die beiden letzten ab drei Mitglieder gründbar) sein.

Mit dem Eigentum wird spekuliert. Mit Besitztum wird und kann nicht mehr spekuliert werden. Grund und Boden wird nicht mehr erworben, wird nicht mehr im Dreisäulenstaat als Eigentum gekauft, sondern wird von einer Kommission dem Werber zugeteilt. Grund und Boden kann jede erwachsene Person erhalten, wenn sich mehrere darum bewerben, entscheidet unter Notaraufsicht das Los.

Die Kommission ist ein Gremium der KAU Organisation, in der immer die Konsumentenvertreter die Mehrheit über Arbeiter- und Unternehmervvertreter haben. (Z. B.: K:A:U wie 5:2:2 oder wie 7:3:3), die für ein Gebiet von etwa 20 000 Einwohner zuständig ist. Für die die nächsten 20 000 bis 25 000 Einwohner ist eine andere Kommission aufgestellt.

Ist die Fläche nicht parzelliert, wird sie auf Kosten des Werbers parzelliert, weil diese Fläche vom neuen Besitzer weitervererbt werden kann. Die ordnungsgemäße Betreuung der Flächen wird von der Kommission bzw. einzelnen Kommissionsmitgliedern alle drei oder vier Jahre kontrolliert. Düngungsfragen oder umweltverträgliche Angelegenheiten setzt die Kommission nach ausgearbeiteten allgemeinen Richtlinien fest. Stellt die Kommission Mängel fest, werden nach einer dritten Ermahnung die Fläche oder die Flächen als Besitztum am besten in einer auflagenstarken örtlichen Tageszeitung neu ausgeschrieben und veröffentlicht.

Sind Flächen bis zu zweitausend Hektar vorhanden, wird sich das entsprechende KAU-Gremium beraten, ob eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung vorliegt. Bei arger Vernachlässigung kann die KAU den Besitzer Teile seines Besitzes oder den gesamten Besitz per Dekret wegnehmen und einem oder sehr vielen Interessenten (in diesem Fall also mit vielen kleinen Parzellen) überantworten.

Die Eigentumsfrage wird dadurch gelöst, dass land- oder forstwirtschaftlicher Besitz den Besitzer wechselt, wenn Not am Mann ist, aber ohne Verkauf. Die Besitzer sind im Grundbuch eingetragen und können diesen Besitz wie gewohnt vererben. Vernachlässigt ein Besitzer

seinen Besitz, kann er über die ARGE-Wirtschaft (KAU Kommission) per Dekret seinen Besitz ohne Geldansprüche los werden.

Wer seinen Garten oder sein Haus nicht pflegt, kann nach drei Ermahnungen (in der ersten Ermahnung muss stehen, wann die zweite und wann nach einem gemessenen Zeitabstand die dritte Ermahnung ausgesprochen wird. Gegen ausgeschickte Dekrete gibt es kein Rechtsmittel mehr. Jeder Bürger kann begründet um Verlängerung der festgesetzten Termine ansuchen. Solche Termine gelten auch für den Rechtsnachfolger.) einen Besitz ebenfalls per Dekret verlieren, dann dürfte der ehemalige Besitzer nur mit seiner Hauseinrichtung ausziehen. (Manchmal ist es so, dass ein Hausbesitzer keine finanziellen Mittel mehr hat- aus welchen Gründen auch immer-, um sein Haus zu renovieren, dann muss er es hergeben, oder er kann es noch vor der dritten Ermahnung verkaufen, wenn es noch einen gewissen Wert hat. Jedenfalls muss jeder Besitzer auf seinen Besitz schauen.)

Ein Erbrecht bleibt natürlich bestehen. Aber land- oder forstwirtschaftliche Flächen können nicht mehr verkauft werden, sie wechseln per Dekret ihre Besitzer (Besitzer muss kein Landwirt sein!) ohne Bezahlung. Eigentum im Bereich Land –und Forstwirtschaft wird durch Besitztum ersetzt. Die öffentliche Hand (Bund, Land oder Gemeinden) darf keine land- oder forstwirtschaftlichen Flächen, Gewässer oder Almen besitzen. Grund und Boden sollen in privater Hand liegen. Die Privaten schauen ohne Instanzenwege unbürokratisch am besten auf ihren Besitz. Natürlich wird die KAU gewisse Auflagen aussprechen, wie etwa die Düngungsfrage und mehr. Das Spekulieren mit Grund und Boden hört sich damit auf.

Ein Bergwerksbetrieb kann einen Antrag um Besitzübergabe bei der für dieses Gebiet zuständigen KAU stellen, dem ohne parteipolitische Interessen ganz objektiv immer im Interesse der Unternehmer, Arbeitnehmer und Konsumenten entsprochen wird oder nicht. (Bei Schmiergeldannahme wird der Geber und Nehmer bestraft, dem Nehmer sein Mandat entzogen.) Dem jeweiligen Besitzer der für den Bergwerksbetrieb notwendigen Flächen werden bei einer positiven Erledigung die Flächen per Dekret der ARGE- Wirtschaft ohne Entschädigung entzogen. Der Bergwerksbetrieb (z.B. eine Schottergrube) bekommt natürlich Auflagen von der ARGE-Wirtschaft vorgeschrieben. Dieses Gremium sorgt schon für Ordnung und Sicherheit. Weitere Detailfragen werden die KAU (Für KAU ist immer die ARGE-Wirtschaft mit ihren Unterorganisationen gemeint) in ihren Beratungen festlegen.

Das Hauptanliegen der SLE ist, dass land- und forstwirtschaftlicher Grund wohl vererbt aber nicht mehr verkauft werden kann, er wird nur mehr per Dekret interessierten Personen oder Gesellschaften übergeben, zugeteilt und ihnen als Besitz im Grundbuch eingetragen.

Soll landwirtschaftlicher Besitz Bauland werden, so wird die KAU nach mehrheitlichen Beschluss eine Widmung durchführen und auf Parzellierung, Erschließung von Wasser, Kanal, Strom und unter Umständen Fernwärme bestehen, wofür der Bauträger aufkommen muss, aber Geld für Grund und Boden wird der Bauträger keines ausgegeben. (Die Gemeinde im heutigen Sinn hat mit dem Bauansuchen, mit dem Bebauungsplan, mit der Raumplanung nichts mehr zu tun. Diese Angelegenheiten übernimmt die zuständige KAU Kommission)) Die KAU, das heißt die ARGE-Wirtschaft mit all ihren verschiedenen Kommissionen, übernimmt viele Aufgaben des heutigen Staates und damit viele Agenden einer Gemeinde, eines Bezirkes, eines Landes oder des Bundes. Das Eigentum bleibt auf von Menschen Geschaffenem, Gebautem (Häuser, Straßen Kirchen, Ställe, ...) ab einem Wert von EUR: 5 000.- aufwärts, aber nur bis zehn Meter unter der Erdoberfläche dieser Parzellen, der darunter liegende Erdboden ist nicht mehr Eigentum, sondern Besitztum, das jede KAU per Dekret kostenlos wegnehmen kann. (z.B. wegen Tunnelbau).

In Wohngebieten erhält der ehemals land- oder forstwirtschaftliche Grund durch die Errichtung z.B. eines Wohnblocks mit Kinderspielplatz oder angelegter Gartenanlage einen dementsprechenden Wert. Nach diesem Wert kann die Immobilie gehandelt werden. Wohnhäuser, Garagen, Werkstätten, Industriegebäude, Fabriken, Flughäfen, Straßen, Brücken usw. hat der Mensch gebaut, sie alle sind Eigentum von wem auch immer. Dieses Eigentum hat nachweislich einen Wert und um diesen Wert oder um den Handelswert darf es verkauft und gekauft werden. Der Verkäufer zahlt keine Ausgabensteuer, weil er ja Einnahmen hat. Die Steuer zahlt der Käufer, weil er das Geld ausgibt.

Für den Grund und Boden zahlt niemand etwas mehr, der Staat verlangt keine Grundsteuer, weil er den Grund und Boden nicht geschaffen hat, der Staat verlangt auch keine Grunderwerbssteuer. Steuern erhält der Staat, also die Verwaltung der Gesellschaft, nur durch die Schaffung und Kauf von Gütern (Kücheneinrichtung, Wohnungsbau, Lebensmittel, Auto, Benzin, usw. usf.) des Letztverbrauchers, also des Konsumenten, immer beim jeweiligen Einkauf durch die Ausgaben bei diesem Einkauf mit der so genannten Ausgabensteuer. Für ein gekauftes Gut oder eine gekaufte Ware zahlt er nicht ein zweites Mal Steuern (wie das heute bei der Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Grunderwerbssteuer ((hier bereichert sich der heutige Staat nach gewissen Zeitabschnitten des öfteren beim gleichen Grundverkauf mehrmals.))... der Fall ist):

Was soll mit den jetzigen Eigentümern von Straßen, Plätzen, Brücken, Gewässern, Schulen, Bibliotheken, Museen, öffentlichen Gebäuden, Kirchen, Gerichtsgebäuden, Gemeindehäusern, Finanzämtern, Landesregierungen, Bezirkshauptmannschaften, Bahnhöfen und Gleisanlagen, Kasernen, Krankenhäusern, staatlichen Busverkehr mit Busstandorten, Straßenbahnen mit Remisen, Postämter, Fußballplätzen, Stadien, Eishockeyhallen, Schwimmbäder, Parkanlagen, Parkplätzen und Parkhäusern, Marktgebäuden usw. , also mit dem jetzigen Eigentum des Staates passieren?

All die angeführten Gebäude und Flächen sind einem der drei Säulen des Staates, also dem neuen Staatsaufbau zuzuordnen.

Alles, was mit dem Rechts- und Verwaltungswesen zu tun hat, kommt in das Ressort der dritten Säule, in die ARGE Recht. Die ARGE Recht baut sich seine eigene Verwaltung auf. Sie übernimmt unentgeltlich die vorhandenen Gebäude des Rechts- und Staatverwaltungswesens. Gerichtsgebäude, Justizanstalten, Polizeistationen, die entsprechenden Gebäude des Justizministeriums, Finanzämter, Kasernen, Gemeindeämter (da werden wahrscheinlich hunderte Gemeindeämter nicht mehr gebraucht und die Gebäude können verkauft werden.) Die kleinen Landesregierungen, die vielleicht 500 000 bis 2 000 000 Millionen Einwohner vertreten, werden aufgelöst. (Die Beamten zum großen Teil den nur mehr wenigen Gemeinden auch Gemeinde übergreifend zugeordnet.) Was mit den Gebäuden geschieht, entscheidet die ARGE Recht. Die Bezirkshauptmannschaften werden zu Gemeinden umfunktioniert. Eine Gemeinde übernimmt das Verwaltungsgebiet einer Bezirkshauptmannschaft. Das sind enorme finanzielle Einsparungsmaßnahmen. (Sie übernehmen das Meldeamt, das Passwesen, Standesamt, Führerscheinausstellung und ähnliches. Zum Beispiel: die Namengebung nach Absprache mit ARGE Kultur und ARGE Wirtschaft auch von Bergen, Seen oder Flüssen, von Straßen und Plätzen.) Verwaltungsübertretungen im Straßenverkehr werden nur mehr von der Polizei geahndet. Diese Busgelder gehen direkt an die ARGE Recht Zentrale (ehemals Justizministerium).

Die zweite Staatssäule, die ARGE Kultur, übernimmt alle jetzt staatlichen Gebäude und dazu gehörige Flächen unentgeltlich in ihren Verwaltungsbereich, die mit Bildung, (also

Kindergärten, Volksschulen, Mittelschulen, Hochschulen, Universitäten, Forschungsstätten), Sport, Theater, Museen, Sporthallen, Sportplätze, Bibliotheken, Rundfunkstationen usw. zu tun haben. Sie gestaltet autonom das Verwaltungs- und Rechtswesen in ihrem zustehenden Bereich. Dort wo es starke Querverbindungen zu den beiden anderen ARGEs gibt, wird eine Zusammenarbeit notwendig. Zusammenarbeiten ist immer wichtig.

Die dritte Säule, die ARGE Wirtschaft, wird mit ihren vielen Teilressorts alle restlichen im jetzigen Staatsbesitz befindlichen Flächen, Gebäude und Gewässer unentgeltlich übernehmen und verwalten. Alle Straßen, von den jetzigen Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen, angefangen, alle öffentlichen Plätze, Parkanlagen, Krankenhäuser, Postämter, das gesamte Eisenbahnnetz, alle Bahnhöfe, das staatliche Omnibusnetz, das Straßenbahnnetz, alle Kraftwerke mit den Hochspannungsleitungen, alle Kläranlagen. Sie wird den Lawinen- und Hochwasserschutz, das Forstwesen und die Verwaltung von Grund und Boden übernehmen und anderes mehr. Die ARGE Wirtschaft wird am meisten Ressorts haben und viele Ressorts mit ihren Kommissionen in den zukünftigen Gemeindegebieten einrichten.

Das Gemeinwesen, unsere Gesellschaft, wird mit dieser Staatsordnung weit besser fahren als mit dem althergebrachten zentralen "aristokratischen" Einheitsstaat. Denn jeder Bürger fühlt sich als Kultur-, Wirtschafts- und Rechtsperson. Diese Dreiheit muss auch die staatliche Verwaltung repräsentieren, um erfolgreich einer Zukunft ohne kurzschauende Parteipolitik entgegen zu sehen. Der Parteienstaat wird überwunden werden. Die jetzigen Gemeinden mit ihren fleißigen Bürgermeistern werden enorm entlastet, weil in den zukünftigen Gemeinden (den ehemaligen Bezirkshauptmannschaften) nur mehr die sogenannte echte Bürgerverwaltung auf sie zukommt.

Was sagt die SLE zur Erbschaftssteuer?

Grundsteuer, Grunderwerbsteuer und die gesamte Erbschaftssteuer fallen weg. Auch der Erbe einer Eigentumswohnung, eines Hauses, eines Hochhauses, eines Betriebes, eines Konzerns zahlt keine Erbschaftssteuer, weil der Vater oder Erblasser mit seinen Ausgaben die öffentlichen Steuern und Abgaben für dieses Haus, für diesen Betrieb bereits geleistet hat. (Die Betriebsausstattung gehört dem Unternehmer als Eigentum. Wer Maschinen oder Geräte für seinen Betrieb kauft, wird zum Konsumenten und Eigentümer dieser Gerätschaften und zahlt die 15% bis 30% der Ausgaben an die ARGE- Recht.) Warum soll der Staat wegen eines Todes wieder abkassieren? Den Monarchen ist in ihrer Gier nach immer mehr Geld aus dem Volke diese Steuer eingefallen. Die Parteiendemokratien hätten das längst beseitigen können, aber sie brauchen neue Steuern, damit sie sich den teuren Parteienstaat finanzieren können.

Seen, Flüsse und Bäche sollen nicht im privaten Einzelbesitz sein, sondern einem eigenen Untergremium der KAU gehören. Kleine Trinkwasserquellen, Trinkwasserleitungen zur Trinkwasserversorgung von ein oder mehreren Häusern sollen privat sein, große Trinkwasserversorgungen von mehreren Dörfern oder Städten sollen als uneigennützige Gesellschaften der KAU überantwortet sein, ohne dass kleine Trinkwasserquellen aufgelöst werden müssen, denn die Konsumenten werden auf beste Qualität hinarbeiten. (Also auch für das Trinkwasser ist nicht mehr der heutige Staat mit seinen Unterabteilungen Länder und Gemeinden bzw. Kreisen zuständig.) Vieles wird aus dem Staatsapparat in die Hände ARGE-Wirtschaft übergeben, aber nicht eins zu eins übernommen, sondern wegen der Mitsprache der Konsumenten neu organisiert und neu durchdacht.

Was sagt die SLE zum Straßenbau?

Auch Straßen-, Brücken-, oder Gleisneubauten oder neue Einkaufszentren werden zukünftig über die eigenen Ressorts der KAU abgewickelt, die KAU übernimmt viele bisherigen Rechts- und Wirtschaftsaufgaben des Parteienstaates. Besitzer von Straßen oder Eisenbahnnetzen, Bahnhöfen, Tunnels, Plätzen oder Parkanlagen sind nicht mehr Gemeinden, Städte oder Länder sondern die bürgernahe KAU bzw. eine ihrer vielen Unterabteilungen. Strafen wegen verschiedener Übertretungen werden von der Polizei ausgesprochen, einkassiert und an die ARGE-Recht überwiesen. Alle finanziellen Gerichtsstrafen gehen an die ARGE- Recht. Mit dem Grund und Boden muss sorgfältiger umgegangen werden. Das Auto verwöhnt den einzelnen Menschen. Jeder sollte nur mehr kurze Strecken (bis zu 20 km) mit seinem Auto zurücklegen und dann in einen Zug oder Omnibus steigen. Es wäre gut, wenn man das öffentliche private Netz besonders preiswert (z.B. durch sehr billige Jahreskarten für das öffentliche Netz inklusive Eisenbahn und Busverkehr im gesamten Bundesgebiet) und in einem besseren Takt anbieten könnte. Das öffentliche Netz wird natürlich kein Staat mehr betreiben, sondern verschiedene private Gesellschaften, in der die Konsumentenvertreter sitzen, und einer Abteilung für Verkehr der ARGE Wirtschaft zugeteilt und unterstellt werden.

Wenn eine Straße neu errichtet werden soll, richtet der Interessent (ARGE-Recht oder Zivilingenieurbüro, Weggenossenschaft, Unternehmer usw.) einen Einreichplan an die ARGE-Wirtschaft, die bei positiver Begutachtung per Dekret die entsprechenden oft neu ausgewiesenen Parzellen umwidmet und dem neuen Eigentümer(meistens der ARGE-Wirtschaft-Straßen oder Weggenossenschaft) zur Verfügung stellt. Bei Forststraßen werden die Kosten auf die Besitzer der erschlossenen Waldparzellen anteilmäßig aufgeteilt. Alle Forststraßen sind Fußgängern oder Radfahrern frei zugänglich, die sie auf eigene Gefahr benutzen, wobei besonders auf das Wild Rücksicht genommen werden muss.

Was sagt die SLE zum Religionsunterricht in öffentlichen Schulen?

Die Religion ist ein Kulturgut von allerhöchster Ordnung. Über den Religionsunterricht und über den Unterricht in anderen Schulfächern soll ein ordentlicher und aufrichtiger, ein betender Bürger herangebildet werden. Das zu erreichen ist schwierig, weil die geistigen Verführer überall aufgestellt sind und warten. Der glühende Atheist ist so ein verführter Verführer. Christus wirkt in der Welt auch ohne Religionsunterricht, er wirkt auch in allen anderen Religionen der Erde. Wer ihn nicht aufnimmt, wird ständig in Angst leben, sich für Vernichtung von Menschen einsetzen und ein schlechtes Leben nach dem Tode haben. Die Religion, die die Freiheit der Menschen und die Liebe zu den Menschen predigt, ist auf die Dauer allen anderen Religionen vorzuziehen, weil sie eine humanistische Ausrichtung hat.

Was sagt die SLE zum Konfiszieren des Staates von Eigentum?

Dass ein Staat aus welchem Grund auch immer Eigentum (z.B. Auto, Motorrad u.ä.) konfiszieren und sogar verkaufen darf, findet die SLE Gemeinschaft gelinde gesagt für eine Frechheit. Da gehören neue Gesetze her, die solche gesetzlich gedeckten Machenschaften des Parteienstaates verbieten. Schmuggelware (Suchtmittel, Zigaretten, u.ä.) darf konfisziert werden, muss aber nach Absprache mit Vertretern der ARGE-Recht entweder bezahlt, zurückgegeben oder vernichtet, verbrannt werden. Es wird nichts ohne die Zustimmung der Konsumentenvertretung verantwortet werden können.

Was sagt die SLE zum Bankenskandal?

Wenn die Konsumenten in den Schalthebel der verschiedensten Banken (es wird keine Staats- oder Landesbanken mehr geben) laut gesetzlichem Auftrag mitwirken werden, werden Skandale beinahe ausgeschlossen sein. Die Banken werden als Privatbanken bestehen bleiben, doch geht ohne Mitgestaltung der Konsumenten nichts mehr. Das ist kein kommunistischer Eingriff, das ist keine Enteignung oder Verstaatlichung, sondern der von den Bürgern gehegte Wunsch, bei Erreichen von ca. 69% der Abgeordneten in einem heutigen Parlament, die notwendigen Verfassungsgesetze (wenn notwendig über Bürgerentscheidung) zu erlassen, dass ein Dreisäulenstaat entstehen kann, der die Einmischung der Konsumenten in allen privaten Wirtschaftsbereichen, in allen Bereichen der Justiz und in allen Bereichen des Wissenschafts- und Kulturlebens vorsieht. Dann werden die Banken wegen des Aktionärsauftrages nicht auf Gewinnmaximierung mehr ausgerichtet sein, sondern ein gesundes volkswirtschaftliches Wachstum im Auge haben, wie es noch vor etwa 60 Jahren geschehen ist. Die Konsumentenvertreter gehören in das Management und in den Aufsichtsrat- mit mindestens 60%. (Laut jeder mathematischen Überlegung kann es aber kein ewiges Wirtschaftswachstum geben.)

Was sagt die SLE zur gegenwärtigen Ukrainekrise?

In jedem Staat soll ein Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung oder Teile der Bevölkerung möglich sein. Die Berufung auf uralte Grenzen aus ehemaligen Eroberungsfeldzügen, die Berufung auf Maßnahmen der Nachkriegszeit ist nicht mehr zeitgemäß. Jugoslawien ist in viele Teile zersplittert. Jedes Volk oder jeder Teil eines Volkes hat das Recht auf Selbstentscheidung. Es wird nicht von der Obrigkeit befragt, sondern die Obrigkeit hat einen Volksentscheid der betroffenen Volksteile zu organisieren. Die Mehrheit (50,1%) entscheidet über das Los dieses Volkes. Dieser Volksentscheid soll im Abstimmungsbereich von ausländischen neutralen Behörden oder der UNO vorbereitet und durchgeführt und kontrolliert werden. Da braucht man für jedes Wahllokal mindestens drei vereidete ausländische Mitarbeiter.

Das Völkerrecht ist das Recht, dass ein Volk über seine staatliche Verwaltung selbst entscheidet. Kein Staatschef darf mit seinem Klan, oder irgendein mächtiger Großstaat kleinen Völkern verbietet, Kleinstaaten aus anderen größeren Staaten abzutrennen. Diese Auffassung ist vielen Machthabern ein Dorn im Auge, denn dann würde Afrika in einen Teppich von Kleinstaaten zerfallen. Auch Indien oder China oder Südamerika hält es mit dem Völkerrecht nicht so genau. Auch Westeuropa hat so sein Problem mit dem Völkerrecht in Nordirland und im Baskenland. Da pocht man auf nationale Rechte, denn Teile der Nation dürfen durch Völkerrecht nicht verloren gehen. Was in Schottland jetzt erlaubt wird, ist für die Ukraine ein Verstoß gegen internationales Völkerrecht, so behaupten manche Machthaber. Die mächtigen Staaten legen das Völkerrecht ganz nach ihrem Ermessen aus.

In der Ukraine leben vielschichtige von ihrem Volk abgetrennte Volksteile. Im Norden, im Nordwesten, im Süden und im Osten. Man denke, dass die Ukraine etwa so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen ist. Andere Großstaaten wie Russland werden den kleinen Nationen echte Autonomie oder staatliche Selbstständigkeit zu gewähren haben, wenn diese das verlangen, damit keine Unruhen entstehen. Waffengewalt ist nur die einfallsloseste Idee einer Herrscherkaste. Demokratie heißt Entscheidungen von kleinen oder größeren Völkern zu respektieren so wie z.B. in Slowenien.

Was hält die SLE vom Rentenzusammenbruch?

Einen Rentenzusammenbruch muss es nicht unbedingt geben. Die KAU wird in guter Überlegung ein Rentensystem finden, das alle Rentner bzw. Pensionisten mit der gleich hohen

Pension ausstattet. In der Arbeit wird nach Maß der Verantwortung entlohnt. Übrigens ist es für die SLE eine Selbstverständlichkeit, dass Frauen bei gleicher Arbeit gleich viel verdienen wie die Männer. In der Pension hat jeder Pensionist die gleiche Verantwortung, deshalb hat jeder gleich viel zu bekommen. (Ausnahmen werden diejenigen haben, die zusätzlich für eine bessere Pension vorgesorgt haben.)

Darf ein Rentner zur Rente ohne Abzüge Geld verdienen?

Rüstige Rentner werden ohne Steuernachteile dazuverdienen dürfen, da das System der SLE auf Abgaben von allen Ausgaben aufgebaut ist und nicht von den Einkünften und Verdienst des Arbeitenden. Diejenigen, die den Rentner für irgendeine Arbeit bezahlen, haben mit dieser Geldausgabe Ausgabensteuer der ARGE-Recht zu entrichten. Es müssen alle Menschen eines Staates das neue System der Ausgabensteuer zur Finanzierung des Gemeinwesens freiwillig akzeptieren, sie müssen das Gemeinwohl im Auge haben und persönlich freiwillig diesen Dreisäulenstaat in seinen Anfangsphasen unterstützen, denn die gesetzliche Einführung der Konsumentenvertretung wird das Gesellschaftssystem in ungeahntem Maße verändern. Das bedeutet ein neues Umdenken der Bevölkerung in der Finanzierung der drei Staatssäulen.

Was der Großvater seinem Enkel an finanzieller Hilfe schenkt und damit gibt, bleibt ohne Abgaben (auch die Schenkungssteuer fällt weg), weil mit diesem Geld kein Konsumgut gekauft wurde. Erst wenn der Enkel eine Kiste Bier oder einen Anzug mit diesem Geld kauft, ist der Enkel verpflichtet in dem Geschäft über diese Firma mit dem Kassenbon seine Abgaben an die ARGE-Recht zu zahlen, denn es müssen ja Straßen repariert oder gebaut werden, Schulen neu aufgestellt werden, Museen erhalten, Parkanlagen gepflegt oder Feuerwehren neu ausgestattet werden. Der gesamte Staat muss wie ein Haus gepflegt werden. Es müssen die Lehrer, die Polizisten, die Richter, die Wissenschaftler, die Kontrolleure im Wirtschafts-, Kultur- und Rechtsbereich usw. bezahlt werden. Chaos wird es trotz anfänglicher Umstellungsschwierigkeiten nicht geben.

Was der Gast in einem Gasthaus einer Kellnerin an Trinkgeld schenkt, bleibt für beide ohne Abgaben. Erst wenn die Kellnerin zum Beispiel sich privat einen Hund kauft, ist sie mit 15 bis 30% an die ARGE Recht abgabenpflichtig, das heißt die Hundekäuferin muss 15 bis 30 % der Verkaufssumme an die ARGE-Recht abgeben, weil ja sie das Geld ausgibt.. (Wenn der Hund EUR 200.- kostet, muss die Käuferin EUR 30.- bei 15% der ARGE-Recht einzahlen. Das wird sie pflichtbewusst mit einem Erlagschein der ARGE-Recht machen, deshalb gehören wie selbstverständlich in jedem Haushalt mindestens zehn Erlagscheine der ARGE- Recht.) Wer nicht auf seinen Geldbeutel schaut, sondern auf das Wohlergehen eines neuen Gesellschaftsmodells wird zahlen. Wem die Allgemeinheit wurst ist, der wird sie noch dazu ausnützen. Geld oder Gut verschenken bleibt also steuerfrei. Der einzelne Mensch entscheidet mit seinem Gewissen, ob er etwas geschenkt oder gekauft erhalten hat. Einkäufe und damit Ausgaben über Firmen werden sowieso per Kassenbon registriert. Die drei ARGEs brauchen jeden Pfennig, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wer kaum Ausgabensteuern (es gibt natürlich keine Einkommensteuererklärungen mehr) leistet, wird zum Schmarotzer des neuen Staatssystems.

Wird dann der Geschenkhandel blühen? Wird der eine schenken, damit der andere offiziell keine Abgaben zu zahlen hat? Die Steuern werden derart stark gesenkt, dass nur der Schmarotzer die Meinung vertreten wird, er werde dem Staat nicht alle Abgaben entrichten, weil der Staat mit dem Geld unnütze Dinge finanziert. Natürlich gibt es heute Steuerhinterziehung und die Steuerfahnder haben genug zu tun. Es gibt Staaten, in denen das Steuerzahlen unmodern ist, deshalb wird dort in die Infrastruktur kaum investiert. Die Leute

jammern wegen der schlechten Straßen, wegen der veralteten Klassenzimmereinrichtung, wegen der veralteten Gleisanlagen usw., doch der Staat hat zu wenig Geld von der Bevölkerung erhalten und will sich nicht in weitere Schulden stürzen.

Eine Gemeinschaft von vielen Millionen Menschen braucht Steuereinnahmen, damit das Zusammenleben funktioniert, nur müssen diese Einnahmen vernünftig ausgegeben werden. Dafür sorgen nicht mehr Lobbyisten sondern einzig die von den SLE erkorenen Konsumentenvertreter. Es wird monatliche oder wöchentliche Ausgabensteuererklärungen der verschiedensten Firmen, Haupterwerbs- und Nebenerwerbslandwirte geben, welche die Ausgabensteuer treuhändisch von den Endverbrauchern kassieren und der ARGE-Recht wöchentlich oder monatlich mit Erlagschein zu überweisen haben. Diese Gelder werden von der ARGE-Recht etwa im Verhältnis 15 (Recht) zu 70 (Wirtschaft) zu 15 (Kultur) den beiden anderen ARGEs wöchentlich oder monatlich weitergegeben

Was sagt die SLE zur Überwachung englischer oder amerikanischer Geheimdienste?

Der Dreisäulenstaat ist die zeitgemäße Antwort auf die demokratiefeindlichen Erscheinungen in englisch sprechenden Erdteilen, durch die Überwachung einzelner Regierungsmitglieder in allen Staaten der Welt, durch die Überwachung aller finanziellen Gebarungen der Welt, durch die ausufernde Speicherung und damit Überwachung von persönlichen Daten, Telefongesprächen und Handybriefen von 6 Milliarden Menschen, durch die Überwachung von ausländischen Staatssicherheitsdiensten, durch die Überwachung von Erzeugung und Verkauf verschiedenster Fabriksartikel, besonderes der Waffenindustrie, durch die Manipulation der öffentlichen Meinung in allen Medien der Erde, durch vermehrtes Schüren von Revolten gegen Staatsführungen, ohne entsprechende Alternativen aufzuzeigen, durch Unterschreiben von Handelsverträgen zwischen Großkonzernen und Staaten bzw. Staatengemeinschaften, deren Verletzung in Milliardenhöhe von so genannten Sittengerichten, die keinem anderen Gericht (keinem Gericht in einem Staate oder Staatenbund) unterstehen eingeklagt werden können und gegen die es keine Berufungsinstanz mehr gibt.

Die Errichtung eines Dreisäulenstaates auf der Erde wird die einzige Alternative zu dem ausufernden Bestreben nach Macht und Geld einer handvoll weltweit agierender Konzerne in den ideenlosen Parteiendemokratien sein, die solche Machenschaften von Geheimdienstüberwachungen nicht paroli bieten können..

Was hält die SLE von den armen Südstaaten wie Griechenland?

Viele Unternehmer Griechenlands sind schlau und wollen durch Steuerhinterziehung noch reicher werden. Die oberen Zehntausend haben sich mit einer neuen Gesetzeslage ein Steuerparadies geschaffen – sie sind kaum oder nicht steuerpflichtig. Die politischen Parteien in diesem neuen Demokratiestaat versprechen dem Volk, was populär ist, aber wirtschaftlich in den Ruin führen muss. Die Griechen sind das Volk mit den meisten Implantaten pro tausend Einwohner Europas bzw. der Welt, weil die Parteien eine Gesetzeslage schaffen, dass der Staat über die Krankenkassen die Zahnimplantate bezahlt.

Die damalige Staatsführung hat den Staat Griechenland mit falschen Angaben in die EU geschwindelt. In wirtschaftlichen Dingen ist mit keinem Europäer so schwierig zu verhandeln wie mit den Griechen. Viele Griechen fühlen sich als die besten Geschäftsleute der Welt und drücken bei Verhandlungen den Preis einer Ware immer weiter. Ihnen ist das Leben oder Vegetieren eines anderen Mitbewerbers völlig egal. Jetzt pokern die Griechen, da die EU sie nicht aus den EURO -Staaten entfernen will, und erhalten unerhört hohe Unterstützungen in vielen Milliarden.

Die Gewerkschaften hetzen die Bevölkerung gegen die „gemeine“ EU und insbesondere gegen Bundeskanzlerin Merkel auf. Jeder andere ist schuld an der Verschuldung des Staates, der z. B. zehnmal soviel Beamte pro tausend Einwohner hat als Deutschland. Hunderte Milliarden EURO gehen in dieses Fass ohne Boden. Damit ist die SLE nicht einverstanden. Ein EU Kommissar gehört in dieses Land, der mit seinem neutralen Mitarbeiterstab mit allen Missständen im Land aufräumt und wieder Ordnung in die Finanzgebarung dieses kleinen Staates bringt.

Diese junge Parteiendemokratie ist ein typisches Beispiel für eine in die Misswirtschaft getriebene Parteienpolitik. Ein verhältnismäßig kleiner Klan von Politikern lässt sich mit großen Versprechungen in das Parlament wählen und hat als Eigeninteresse nur den Machterhalt. Das kann nicht gut gehen. Aus diesem Grunde haben sich viele Griechen einem extremen nationalen politischen Lager zugewandt. Das kann auch nicht gut gehen.

Sie brauchen, wie all die anderen Staaten der EU, einen soliden Dreisäulenstaat, der für ein Volk aus dem Volk mit einer korruptionslosen Konsumentenvertretung arbeitet.

Wie wollen die SLE einen Dreisäulenstaat durchsetzen?

Die „SELBSTLOSEN EUROPAS“ wollen ja nach und nach auf demokratischem Weg die alten Parteieneinheitsstaaten in schwungvolle, bewegliche Dreisäulenstaaten ummodulieren und weiterentwickeln. Die SLE hoffen, dass sich über Europa hinaus der Dreisäulenstaat ausbreiten möge und die Konsumenten im globalen Wettbewerb auf breiter Ebene zusammenarbeiten, Meinungen und Gedanken austauschen, damit nicht gefährliche Waren in die Produktion gelangen und die Umwelt und Meere verseuchen und das Leben der Menschen gefährden.

Die Menschen werden einsehen, dass politische Parteien nicht mehr zeitgemäß sind. In Wettbewerb treten nicht mehr die herkömmlichen politischen Parteien, sondern die drei ARGEn mit ihren zukunftsweisenden Absichten. Die Konsumenten als wichtiges Schwungrad im Getriebe der Wirtschaft, der Kultur und des Rechtswesens haben eine neue Funktion im Gesellschaftsleben übernommen.

Sachlichkeit und Sachwissen wird die Konsumentenschaft von ihren Konsumentenvertretern fordern, keinen kommunistischen Sozialismus oder einfalllosen liberalen Kapitalismus. Der Dreisäulenstaat ist der richtige Kompromiss zwischen den kommunistischen und kapitalistischen Ideen. Der Dreisäulenstaat wird eine politische Vereinigung ohne große Reden von Parteilanführern sein. Er wird die Mitte zwischen Kommunismus und Kapitalismus sein und finden. Er wird ohne aktive freiwillige Mitwirkung jedes einzelnen Bürgers nicht gar so gut funktionieren. Je aktiver ein Bürger/ eine Bürgerin am dreigeteilten politischen Geschehen teilnimmt, umso weiter entfernt wird die alte politische Parteienlandschaft bleiben. Der einzelne Bürger ist eine Rechtsperson gleichzeitig eine Kulturperson, weil er über Radio oder Fernsehen oder im privaten Leben am Kulturleben Anteil nimmt, gleichzeitig ist jeder Mensch eine Wirtschaftsperson, da er mit jedem Einkauf teil nimmt am Wirtschaftsleben.

Die vergangene Einhausung von Recht, Wirtschaft und Kultur in eine Person (Könige, Zaren, Sultane, Diktatoren) muss im zukünftigen öffentlichen Leben eine Aushausung von Recht, Wirtschaft und Kultur zur Folge haben. Diese Aushausung drückt sich in der Schaffung von drei zusammenarbeitenden aber autonom agierenden Gremien aus, die auf vier Jahre gewählt, ein neues Staatsgebilde aufbauen. Diese neue Staatserscheinung ist notwendig, da die Bürgerin/der Bürger das öffentliche Leben entscheidend durch die Wahlen in die einzelnen Gremien mitgestaltet und damit das Korsett des Einheitsstaates einem offenen neuen Bild, dem Dreiheitsstaat öffnet. So eingreifende Änderungen in der Verfassung wird unter Umständen das gesamte Volk eines Staates per Volksentscheid herbeiführen.

Dreisäulenstaat heißt Mitgestaltung des Preises eines Produktes eines Unternehmers, Dreisäulenstaat heißt Privatbesitz von land- und forstwirtschaftlicher Fläche mit Erbfolge, aber Grund und Boden ist steuerfrei und kann nicht verkauft werden, kann nur über die KAU umgewidmet werden. Nur der Ertrag (Getreide, Gemüse, Kartoffeln, Holz) kann verkauft werden, er ist als Einnahme steuerfrei, da nur die Ausgaben eines Bürgers/einer Bürgerin abgabepflichtig sind. Dreisäulenstaat heißt: Alle bisherigen Steuern werden gestrichen und die Abgaben für die Staatsordnung werden lediglich auf die Ausgaben aller Staatsbürger gestellt (Das wird wahrscheinlich zwischen 15% und 30% des Verkaufspreises liegen. Die Erfahrung wird erst genaue Prozentsätze festsetzen.)

Dreisäulenstaat heißt: freiwilliger Schuleintritt mit sieben Jahren und Übernahme der Lehrtätigkeit der Waldorfschulpädagogik in jedem Unterricht. (Abschaffung der Schulpflicht und der Verpflichtung Kindergärten zu besuchen.)

Dreisäulenstaat heißt: Neues Verständnis zu politischen Wahlen, denn die Wahlen zu den drei Gremien sind staatstragende Wahlen. Dreisäulenstaat heißt das Demokratieverständnis vertiefen und ausbauen.

Wie werden Waren exportiert oder importiert?

Gehen irgendwelche Produkte über die Grenze und werden im Ausland verkauft, so sollen diese Produkte immer steuerfrei bleiben, bis der Endverbraucher die Steuer nach dem örtlichen Steuersatz bezahlt. Die Ausgabensteuer wirkt also wachstumsfördernd über Grenzen hinweg, da kein Zoll in der EU eingehoben wird. Die Warenerzeugung wird vom Rohstoff weg über den gesamten Produktionsweg über die verschiedensten Firmen über die Transporteure zu der Verkaufsfirma ohne jede Steuerverrechnung gebracht. Erst die letzte Firma verrechnet dem Endverbraucher als Einkäufer den festgesetzten Steuersatz in der Rechnung. Die Endfirma liefert diese Beträge an die ARGE-Recht ab. (Die Konsumentenvertreter werden schon die Entwicklung des Produktes von der Erstfertigung bis zum Verkauf hinterfragen und verfolgen, um unerwartete Preissteigerungen oder gesundheitsschädigende Behandlungen in verschiedenen Betrieben zu durchleuchten. Die Fabriken unterliegen einer andauernden Kontrolle durch oft auch entsandte Konsumentenvertreter.) Die Endfirmen machen wöchentlich ihre Ausgabensteuererklärung und diese werden auch kontrolliert. Firmen mit einem Steueraufkommen von weniger als EUR 1000.- monatlich, werden andere Abgabenbestimmungen von der ARGE- Recht erhalten.

Beim Import von Waren werden die Konsumentenvertreter darauf schauen müssen, dass die Ware im Inland nicht zu billig aber auch nicht zu teuer ist. Die Konsumentenvertreter haben das Recht gesundheitsschädigende Waren nicht zum Verkauf zuzulassen. Die ARGE-Wirtschaft wird auch mit ihren Konsumentenvertretern den Import und Export elegant lösen können.

Der Dreisäulenstaat hätte in der europäischen und globalen Wirtschaft einen durchgreifenden Erfolg, wenn er mit seiner Politik und mit seiner Ausgabensteuer billiger produzieren könnte als andere Staaten.

Idee und Bearbeitung:
Josef Wieltschnig
Humanist
Oberdorfstraße 5
A-9721 Kellerberg

Tel.: 0680 23 22 328 E-Mail: J.Wieltschnig@gmx.at

Bitte diesen Beitrag Bekannten, Freunden, Verwandten weiterleiten, damit neue Gedanken schnell verbreitet werden. Für öffentliche Vorträge oder Diskussionen stehe ich nach entsprechender Einladung jederzeit zur Verfügung.